

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

**Verschwunden
aber nicht
vergessen**

**Was wollen die
Samstagsmütter
aus Istanbul
in Deutschland?**

Rundreise 13. - 28. Juni
organisiert vom Kurdistan
Informationszentrum
und der Informationsstelle
Kurdistan



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn	2
Sudetendeutscher Tag 1998:	
Hausordnung à la Stoiber	3
Schröders Schattenkabinett:	
Walter Riester	4
G. Zwerenz zur Aufhebung der NS-Unrechtsurteile	5
Asylgesetz: Niedersachsen macht den Weg frei	5
Dortmund: 10 000 demonstrierten für kurdische Einheit	6
Steuersubvention für Reeder	6
Neue Kapitalexportbilanz	7

Auslandsberichterstattung

Türkei: Schwarze Listen der Denunziation	8
Kosovo: Albaner fordern internationales Protektorat	9
Montenegro: Milosevic-Gegner siegt bei Parlamentswahl	10
Rußland: KP-Parteitag sieht „Linkswende“	10
Meldungen	11

Regionales West und Ost

Lokaler Widerstand	12
NRW: Hearing zur Lage der Menschenrechte in der Türkei ...	13
Hamburg: Wut und Protest gegen rot-grüne Bildungspolitik	14
Essen: Rat beschließt Allbau-Verkauf	14
Stuttgart: Pro Asyl – Contra Drogen	15
Thüringen: Ein Richtfest in Elgersburg	16
O-Ton	16
Kommunale Politik	17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

Was war?	18
Chemie: Weiter in Richtung „betriebsnahe“ Tarifpolitik	19
Banken: „Euro-Einführung massiv behindern“	19
DGB Berlin: Für öffentlichen Wirtschaftssektor in Berlin	20

Diskussion und Dokumentation

Eindrücke vom Kongreß für solidarische Gesundheitspolitik	22
Dokument: Stellungnahme des Forums für kritische Sozial- und Gesundheitspolitik	22
Die Bahn muß Hochgeschwindigkeitsorientierung korrigieren	25
Hamburg 1848/49	26

Termine	28
---------------	----

IN BONN CASTOR: UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS? Am 4. Juni hat die PDS im Bundestag einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses eingebbracht. Der Ausschuß solle untersuchen, ob beim Umgang mit Behältern zum Transport von abgebrannten Brennelementen oder wärmeentwickelnden Abfällen aus der Wiederaufbereitung gegen Pflichten verstößen wurde und ob Behörden des Bundes oder der Länder sich bei Genehmigungen, Zulassungen oder der Überwachung von Atomtransporten Pflichtverletzungen schuldig gemacht haben, so der energiepolitische Sprecher, Rolf Köhne. Es müsse geklärt werden, warum Grenzwertüberschreitungen in Kreisen der Techniker und Wissenschaftler seit Jahren bekannt waren, aber von Politikern und Behörden sowie der Atomindustrie keine Aktivitäten zur Lösung der Probleme in Gang gesetzt wurden.

AKW-VERSICHERUNGEN TEURER: Die Mehrheit des Bundesrates will eine Anhebung der Deckungsvorsorge erreichen, die die Betreiber von Kernkraftwerken erbringen müssen. Bisher sind diese verpflichtet, eine Deckungsvorsorge für evtl. Schadensfälle in Höhe von 500 Millionen DM zu erbringen. Die Mehrheit des Bundesrats will diese Summe auf 5 Mrd. DM anheben (Ds. 13/10483). Die Bundesregierung lehnt den Gesetzentwurf ab. Sie will nach den Bundestagswahlen das gesamte Atomhaftungsrecht neu regeln.

AKW-EXPORT IN TÜRKEI: Die Bundesregierung unterstützt deutsche Firmen, die sich um den Auftrag für das geplante Atomkraftwerk Akkuyu in der Türkei bewerben. Einzelheiten über Bürgschaften, Kredithilfen u.ä. will sie noch nicht veröffentlichen, teilte die Regierung auf Anfrage der Grünen mit (Ds. 13/10784).

MEHR BGS-KONTROLLEN: Der Bundesgrenzschutz soll künftig nicht nur im Grenzgebiet bis 30 km hinter der Grenze, sondern auch auf Bahnhöfen, Bahnanlagen und während der Zugbegleitung sowie auf allen von ihm betreuten Flughäfen Personenkontrollen ohne konkrete Verdachtsmomente durchführen. Das sieht ein Gesetzentwurf von CDU/CSU und FDP vor (Ds. 13/10790). Mit dem Wegfall der Grenzkontrollen durch das Schengener Abkommen entfällt die „Filterfunktion“ der Grenze, argumentieren die Regierungsparteien, und wollen die Polizeikontrollen ausweiten und zugleich den BGS – verfassungswidrig – zur bundesweiten Polizei ausbauen.

ZUMUTBAR? Sozialhilfeempfängern ist jede Arbeit zumutbar. Das jedenfalls meint die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Anfrage von CDU/CSU zur „Hilfe zur Arbeit“ (Ds. 13/10759). Nur in besonderen Fällen (körperlich oder geistig nicht in der Lage, Kindererziehung u.ä.) sei den Hilfeempfängern solche Ar-

beit nicht zumutbar. Studien des Gesundheitsministeriums hätten ergeben, daß ein Drittel der arbeitsfähigen Hilfebezieher zwischen 25 und 34 Jahre alt seien. In Ost- und Westdeutschland seien ca. 29 Prozent der Bezieher von Sozialhilfe arbeitsfähig. Zugleich berichtet die Regierung, daß die Zahl der Arbeitsplätze für Sozialhilfebezieher stark steigt. 1993 hätten 178 Städte 24 000 Arbeitsplätze im Rahmen der „Hilfe zur Arbeit“ gehabt, 1998 seien in 186 Städten bereits 55 000 Arbeitsplätze erfaßt worden. Insgesamt gehe der Städtetag von bundesweit 150 000 Arbeitsplätzen als „Hilfe zur Arbeit“ für Sozialhilfebezieher aus.

RECHTSEXTREME STRAFTATEN: Die Ermittlungsverfahren und rechtskräftigen Verurteilungen wegen der Verbreitung von rechtsextremistischer Propaganda und des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen haben in den zurückliegenden Jahren deutlich zugenommen. Das ergibt sich aus einer Antwort der Regierung auf eine SPD-Anfrage (Ds. 13/10760). So stieg der Zahl der Ermittlungsverfahren wegen Verstoß gegen die §§ 86 und 86a des Strafgesetzbuches von 944 (1990) auf 6 192 (1996), die der Verurteilungen von 135 auf 630.

GROSSDEUTSCHES SÄBELRASSELN: Das „großdeutsche Säbelrasseln der Vertriebenenverbände“ störe den Prozeß der europäischen Einigung, hat die grüne Abgeordnete Buntenbach kritisiert. Wer wie die sudetendeutsche Landsmannschaft Eigentumsrückgabe, gar „Entschädigung“ und Autonomierechte für rücksiedelnde Deutsche in den ehemals ostdeutschen Gebieten fordere, „scheint immer noch nicht begriffen zu haben, daß die Grenzen von 1937 definitiv passé sind.“ Wenn dies von Stoiber und Waigel unterstützt und zur Bedingung bei den Beitrittsverhandlungen zur EU gemacht werde, sei dies ein „üblicher Erpressungsversuch des wirtschaftlich Stärkeren gegenüber den Beitritskandidaten“. Die Deutschland-Vorstellungen der Vertriebenenverbände gingen „weit über die bestehenden Grenzen hinaus“.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Am 15./16. Juni tagt der Europäische Rat in Cardiff. Am 17. Juni bringt die Bundesregierung ihren Antrag auf Verlängerung der deutschen SFOR-Beteiligung auf dem Balkan in den Bundestag. Auf der TO steht außerdem der Agrarbericht '98 und die Menschenrechtspolitik. Am 18. Juni geht's um die Ergebnisse des EU-Rats, den Abschlußbericht der Enquete-Kommission „SED-Diktatur ...“, die Situation im Gesundheitswesen, Bio- und Gentechnologie, Entwicklungspolitik, ein Antrag der Grünen für kommunales Wahlrecht für Ausländer und die Expo 2000. Am 19.6. soll die Verlängerung des SFOR-Mandats beraten und Kürzungen im Asylbewerberleistungsgesetz beschlossen werden.

Gemeinsame Plattform zur Europawahl?

Vertreter von 20 linken Parteien in der EU und der Linksfaktion des Europaparlaments haben bei einem Treffen in Berlin Ende letzter Woche eine gemeinsame Plattform für die Wahl zum Europaparlament im kommenden Jahr 1999 vereinbart. Das teilte der PDS-Vorsitzende Bisky am 6. Juni auf einer Pressekonferenz nach dem Treffen mit. An der Tagung in Berlin hatten u.a. Robert Hue von der Französischen KP, Julio Anguita von der Vereinten Linken Spaniens und Fausto Bertinotti von der Riformazione Comunista teilgenommen. Außerdem wurde eine gemeinsame Initiative zur Einführung der 35-



Stunden-Woche vereinbart. Das nächste Treffen der europäischen Linken soll im Januar 1999 in Paris stattfinden. Bild: Besucherinnen und

Besucher bei der „ND-live“-Diskussionsrunde auf dem Europafest der PDS in Berlin am 6. Juni.

rül, Foto: ND

Sudetendeutscher Tag 1998

„Europäische Hausordnung“ à la Stoiber und Co.

Von Renate Hennecke

Gespräch in der Nürnberger U-Bahn, auf dem Weg zum Messegelände am Pfingstsonntagmorgen: Ein älterer Herr und eine Dame empören sich, wie denn Tschechen behaupten könnten, sie hätten unter der Nazi-Besatzung gelitten. Gut sei es denen doch gegangen, gefreut hätten sie sich, weil sie endlich Arbeit gekriegt hätten vom Hitler. Na ja, wirft die Frau dann ein, wie das Attentat auf den Heydrich war, da gab's schon was. Lidice und so. Aber gleich sind sich beide wieder einig: Da waren die Tschechen selbst schuld. Die Attentäter hätten sich ja nur zu stellen brauchen, dann hätte es gar nichts gegeben. Gar nichts. Aber so? Da war das ganz normal. Tatsächlich, so sagen sie es: „ganz normal“.

Die beiden sind auf dem Weg zum Sudetendeutschen Tag 1998, so wie Tausende andere auch. Gewiß hätten die nicht alle dieses obszöne „ganz normal“ über die Lippen gebracht. Aber ein Zufall ist es sicher nicht, daß gerade hier so etwas zu hören ist, und das nicht einmal hinter vorgehaltener Hand.

Auch in dem geschichtlichen Abriß seit 1918/19, mit dem Franz Neubauer, der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL), kurze Zeit später seine Rede bei der Hauptkundgebung des Sudetendeutschen Tages beginnt, sind die Tschechen an allem selber schuld. „Zu München 1938 wäre es nicht gekommen“, sagt Neubauer, „wenn nicht die Sudetendeutschen 1918/19 gegen ihren Willen in den neugegründeten Staat gezwungen worden wären und wenn nicht zwischen 1918 und 1938 die durchaus maßvollen Wünsche der Sudetendeutschen auf Au-

tonomie innerhalb des tschechoslowakischen Staates versagt worden wären.“ Hitler und sein unabänderlicher Beschuß, die Tschechoslowakei zu zerstören und zu annektieren, spielte demnach höchstens am Rande eine Rolle. Viel entscheidender war, daß „seit November 1918 das Sudetenland nach und nach von tschechischen Truppen besetzt worden“ war.

Die Negierung der Tatsache, daß 1945 aufgrund der unfaßbaren Verbrechen der Hitlerfaschisten eine besondere historische Situation bestand, die nicht mit späteren verglichen werden kann, ist notwendig, damit die abenteuerliche Gleichsetzung erfolgen kann zwischen der Umstädterung der Deutschen damals und den „ethnischen Säuberungen“ der letzten Jahre, z.B. im ehemaligen Jugoslawien. Und diese Parallele wiederum ist notwendig, um alle heutigen internationalen Beschlüsse und Forderungen zugunsten von Vertriebenen und Flüchtlingen umzumünzen zu können zugunsten der Sudetendeutschen. Neubauer: „Nachdem die sogenannten ethnischen Säuberungen auf dem Balkan nichts anderes waren als eine Nachahmung der Vertreibung der Deutschen von 1945/46, ist unverständlich, warum der Außenminister die an die Nachfolgestaaten Jugoslawiens gerichteten Forderungen nicht auch gegenüber der Tschechischen Republik erhebt.“

Immer wieder wird von Neubauer ebenso wie von dem zweiten Redner der Hauptkundgebung, dem bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber, der Vorwurf erhoben, Außenminister Kinkel vertrete bei den EU-Beitrittsverhandlungen mit Tschechien nicht nachdrücklich genug nationale deutsche Interessen. Es sei völlig unverständlich, wenn Kin-

kel den tschechischen Beitritt „ohne Wenn und Aber“ unterstütze, er müsse vielmehr zur Bedingung machen, daß Tschechien die Benesch-Dekrete (gesetzliche Grundlage für die Enteignung und Ausweisung der Deutschen aus der Tschechoslowakei 1945/46) und das Amnestiegesetz von 1946 aufhebt und das Heimatrecht der Sudetendeutschen in Tschechien sowie ihr Recht auf Eigentumsrückerstattung bzw. Entschädigung anerkennt. Neubauer: „Wer Mitglied werden will, muß die europäische Hausordnung einhalten!“

Interessant im übrigen, wie sich Neubauer das künftige Haus Europa vorstellt: das 1918 untergegangene Kolonialreich der Habsburger nennt er ein „Kleineuropa mit vielen noch heute zukunftsweisenden Ansätzen für das Zusammenleben von Völkern und Volksgruppen“.

Die schrillen Töne, die auf dem Sudetendeutschen Tag 1998 zu hören waren, wurden in der bürgerlichen Presse sehr rasch als gewohntes Pfingstritual, verstärkt durch Wahlkampfgetöse, abgetan. Die CSU, so die veröffentlichte Meinung, versuche, ihre Wählerklientel durch einige verbale Zugeständnisse zu binden und am Abwandern nach noch weiter rechts zu hindern. Das impliziert, das alles sei zwar ärgerlich, wegen dem Schaden für das Ansehen im Ausland, aber doch nicht so ernst zu nehmen. Wahlversprechen werden bekanntlich selten verwirklicht.

Gewiß war Stoibers Rede auch eine Wahlkampfrede (und als solche von erheblicher demagogischer Qualität). Sie darauf zu beschränken wäre jedoch eine gefährliche Unterschätzung. Die Politik der CSU wird nicht von der SL bestimmt, sondern umgekehrt: die CSU benutzt die

SL als Schwungmasse für ihre chauvinistische Neben-Außenpolitik. Und bei der handelt es sich keineswegs um eine wahlaktische Eintagsfliege. Ganz im Gegenteil: die CSU arbeitet seit Jahren sehr zielstrebig darauf hin, auf europäischer Ebene ihre völkischen Vorstellungen durchzusetzen. Dafür hat sie wichtige Politiker wie Otto von Habsburg und Bernd Posselt abgestellt.

Neubauer: „Der nächste Schritt muß die Verankerung des Volksgruppenrechts auch in der Rechtsordnung der Europäischen Union sein. Dafür hat sich auf Initiative des Südtiroler Europaabgeordneten Michael Ebner und unseres Landmannes Bernd Posselt das Europaparlament nach 20jähriger Blockade im letzten Jahr ausgesprochen. Posselt hat zwei Jahre lang die interfraktionelle Arbeitsgruppe des Europaparlaments für Minderfragen geleitet, in der von Karelíns bis hin zu Katalanen und Basken in Spanien alle traditionell ansässigen Volksgruppen in der EU – immerhin Vertreter von fast 50 Millionen Menschen – zusammengeschlossen sind.“

Erwähnt sei in diesem Zusammenhang auch die Erläuterung von Edmund Stoiber zum Motto des Sudetendeutschen Tages „Wahrheit und Recht – Fundament für Europa“. Das Motto, so Stoiber, „verweist auf die europäische Dimension der sudetendeutschen Fragen.“

Dieses Motto steht damit ganz in der politischen und geistesgeschichtlichen Tradition der Sudetendeutschen und der Heimatvertriebenen. Bereits in der berühmten Eichstätter Erklärung von 1949 heißt es, daß ihre Anliegen „nur im Rahmen einer föderalistischen Gesamtordnung Europas gelöst werden“ können. Damals war eine solche Aussage Vision, heute ist sie nahe Realität...“ Und was ist das Anliegen dieser Eichstätter Erklärung, die seit Gründung der SL bis heute als wegweisendes Dokument immer wieder zitiert wird? Lapidar heißt es darin: „Unsere unabdingbare Forderung ist die Rückgabe der Heimat in den Sprach- und Siedlungsverhältnissen von 1937.“

Die Anerkennung ihres „Rechtes auf Heimat“ in Tschechien und der Unrechtmäßigkeit ihrer Ausweisung gilt den Funktionären der SL als Voraussetzung für die Anerkennung ihrer Eigentums- und Entschädigungsansprüche. Stoiber kann gar nicht genug darauf hinweisen, daß er einen „Schlußstrich“ in dieser Frage verhindert und dafür gesorgt habe, daß die Ansprüche offen geblieben seien. Die Pressemappe, die bei der Pressekonferenz ausgeteilt wurde, enthält eine „Stellungnahme der SL zur Eigentumsfrage“. Darin wird die ungarische Lösung propagiert: „Ungarn hat – leider weitgehend unbeachtet von der deutschen Öffentlichkeit – in den letzten Jahren den vertriebenen Ungarndeutschen gewisse Entschädigungen zukommen lassen (z.B. in Form von Beteiligungen an zu privatisierenden Unternehmen).“

Schröders Schattenkabinett

Wär' was, wenn?

Walter Riester soll, falls die SPD die Bundestagswahlen gewinnt, Arbeits- und Sozialminister in einem Kabinett Schröder werden. Riester, Vorsitzender der IG Metall, personifiziert die Versprechen der SPD gegenüber der Gewerkschaftsbewegung, Versprechen, die bekanntlich unter dem Vorbehalt eines nach der Wahl vorzunehmenden Kassensturzes stehen. Sind gesellschaftliche Reformen, die den ärmeren Teilen der Gesellschaft was bringen, unter den Bedingungen der „Euro-Kriterien“ überhaupt möglich? Riester versucht in einem längeren Interview der *Süddeutschen Zeitung* (SZ) vom 16. Mai Antworten zu finden.

„Riester: Nehmen wir mal die Bereiche Arbeitsmarktpolitik, Arbeits- und Tarifrecht. Ich sehe folgende zugespitzte Problemlage: Wir hatten in der Vergangenheit anders als in wichtigen anderen Industrieländern überwiegend eine Altersarbeitslosigkeit. Der Grund war, daß wir ein Vorruststandssystem entwickelt haben, durch das wir die Jugendarbeitslosigkeit relativ niedrig halten konnten. Das kehrt sich im Moment um, und zwar stärker, als die Öffentlichkeit es wahrnimmt. Ich selbst bin erschrocken, als ich vor zweieinhalb Wochen von der Bundesanstalt für Arbeit neueste Daten bekommen habe, wonach der Anteil der 14- bis 24jährigen an der Erwerbsarbeit radikal abnimmt. – SZ: Vor allem sind junge Männer betroffen. Deren Arbeitslosenquoten sind höher als die der jungen Frauen. – Riester: Richtig. Wir haben über eine Million junge Menschen, die größtenteils nicht in der Arbeitslosenstatistik erfaßt sind, mit zunehmender Tendenz. Das ist ein riesiges Problem, was auf uns zukommt, in dem wir eigentlich schon stecken.“

Riester will also gegensteuern gegen die von der konservativ-liberalen Politik bewußt herbeigeführte Situation, daß eine große Zahl von Jugendlichen nicht in „normale“ Erwerbsverhältnisse hineinwächst, sondern als eine an Armut von Kindesbeinen an gewohnte Gesellschaftsklasse zur Verfügung steht, z.B. als Kanonenfutter, z.B. als Dienstboten. Riester wendet sich ausdrücklich gegen solche Vorstellungen, die ansonsten der SPD nicht mehr fremd sind (s. SPD-Wahlprogramm, *Politische Berichte* Nr. 7/98).

„Riester: Es spricht aus meiner Sicht nichts für einen Niedriglohnbereich. Das deutsche Tarifsystem unterscheidet sich von anderen dadurch zuerst einmal, daß wir keinen gesetzlichen Mindestlohn haben. Daraus folgt, daß wir große Bereiche haben, die völlig tariffrei sind. Unser System hindert also wenige daran, sich in

schlechtbezahlten Jobs zu verdingen. In Frankreich zum Beispiel liegt der gesetzliche Mindestlohn bei 6 664 Franc, das sind rund 2 000 Mark. Unsere tariflichen Mindeststandards in vielen Branchen liegen darunter. Trotzdem entfaltet sich kein zusätzlicher Arbeitsmarkt daraus. Jetzt fragt man sich natürlich: Warum ist das so? Ich bin überzeugt, daß wir bei uns auch personenbezogene Dienstleistungen schon gehörig durchrationalisiert haben. Nehmen wir nur diese hierzulande immer wieder angepriesenen Beispiele aus den USA: Koffer tragen, Schuhe putzen, Einkaufsstüten packen. Das



macht mich immer ganz nervös, wenn ich das höre, weil ich weiß, daß solche Tätigkeiten bei uns längst wegklassifiziert wurden oder auf kulturelle Barrieren stoßen. Und dann frage ich mich: Riester, ist es eigentlich richtig, diesen Produktivitätsfortschritt wieder zurückzudrehen?“

Wenn nicht Niedriglohn und Dienstboten, wie soll die hohe Erwerbslosigkeit bei jungen Männern gesenkt werden ohne eine „Belastung“ der Wirtschaft, wie sie die klassischen Mittel nach sich ziehen (eine Verlängerung der Schulzeit braucht mehr Lehrer, eine Senkung des Rentenalters höhere Beiträge zu den Versicherungskassen)? Was also soll Abhilfe schaffen, aber die Maastricht-Kriterien über Geldwertstabilität und öffentliche Verschuldung nicht gefährden?

Riester: „Mit der Heraufsetzung des Rentenzugangsalters auf 65 für Frauen und Männer ist der Arbeitsmarkt verstopft. Eine vorstellbare Lösung wäre: Wenn wir die Ansätze des Altersteilzeitgesetzes weiterentwickeln und mit einer Offensive der Tarifvertragsparteien versuchen, daß erheblich mehr ältere Arbeitnehmer von Altersteilzeit Gebrauch machen könnten, dann hätten wir unten eine große Entlastung des Arbeitsmarktes. Das wäre eine Form intelligenter Arbeitszeitverkürzung, die kaum diskutiert wird. Man entließe die Menschen nicht einfach auf die Parkbank zum Schwänefüttern und zum Enkelhüten, sondern bö-

te ihnen Möglichkeiten, ihre immense Erfahrung und Qualifikation weiter einzubringen. Das wäre für mich etwas mehr Sozialstaatlichkeit jenseits rein monetärer Verteilung und teurer Projekte.“

Und eine soziale Mindestsicherung (Aufstockung von Niedrigrenten auf wenigstens Sozialhilfeneu) soll dafür sorgen, daß auch genügend Beschäftigte von der Altersteilzeit Gebrauch machen: „SZ: Die Mindestsicherung ist also eine Art besserer Sozialhilfe für Alte? – Riester: Nein, es ist mehr. Weil ich jetzt nicht nur den Gesichtspunkt der Sozialhilfe sehe, sondern auch den des Arbeitsmarktes. Ich bin vollkommen überzeugt davon, daß viele Ältere, von 45 oder 50 Jahren an, ganz gerne in Teilzeit arbeiten würden. Aber sie müssen ja immer mitdenken: Ach du lieber Himmel, nein, dann sinkt ja später meine Rente.“

Und wer soll die soziale Mindestsiche-

rung bezahlen? „Riester: Eine solche andere Denke könnte eine Menge dazu beitragen, die Erwerbsarbeit qualitativ zu entfalten und weiterzuentwickeln. Wir haben günstige Standortbedingungen – von der Qualifikation der Menschen über die Industriestruktur bis zur Infrastruktur. Aber das alles muß noch verbessert und neu belebt werden.“

Riester spekuliert darauf, daß ein Innovations- und Produktivitätsschub infolge einer nochmaligen Verjüngung der Beschäftigten die Staatsfinanzen aufbessern würde, so daß eine Mindestsicherung problemlos zu finanzieren wäre. Was aber, wenn nicht, oder wenn die Kapitalisten nicht wollen?

Die PDS hat recht: die SPD im nächsten Bundestag braucht Druck von links. Sonst bringen am Ende die Ärmsten Vorleistungen und die Reichen kassieren.

alk

Asylbewerberleistungsgesetz

Niedersachsen macht den Weg frei

Mit einer perfiden Arbeitsteilung zwischen SPD-Bundestagsfraktion und niedersächsischer Landesregierung soll das Gesicht gewahrt und gleichzeitig der Weg freigemacht werden für die Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Nach dem Fahrplan der SPD soll die Bundestagsfraktion am Donnerstag, 18.6. in 2. und 3. Lesung das Gesetzesvorhaben im Bundestag ablehnen und damit den Protest, der vor allem aus Wohlfahrtsverbänden und Kirchen kommt, auffangen. Den Ausputzer spielt dann Niedersachsens Innenminister Glogowski, der zur Zeit einen Änderungsvorschlag mit einigen wenigen kosmetischen Korrekturen in seinem Ministerium erarbeitet läßt. Bereits einen Tag nach der Abstimmung im Bundestag, am Freitag, den 19.6. stimmen die SPD regierten Länder dem Niedersachsenentwurf im Bundesrat zu und machen damit den Weg frei für eine Verabschiedung noch vor der Bundestagswahl. Dazu Silke Stokar, innenpolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion in Niedersachsen: „Nicht Politikwechsel, sondern Große Koalition zur Durchsetzung eines Gesetzes, das die Ärmsten der Armen trifft, ist das Signal, das von Niedersachsen ausgeht. Die FDP ist gegen diese Asylrechtsverschärfung, selbst die CDU ist gespalten – Wie beim Großen Lauschangriff ist es erneut der niedersächsische Innenminister Glogowski, der der handlungsunfähigen Regierung aus der Patsche hilft. Es liegt in der Hand der SPD, dieses Gesetz zum Scheitern zu bringen. Sie darf mit ihrer Wählertäuschung nicht durchkommen.“

sto, aus: CL-Netz

G. Zwerenz (PDS) zur Aufhebung der NS-Unrechtsurteile

Ein Akt historischer Gerechtigkeit, mit beschämender Verspätung

Am 28. Mai hat der Bundestag die Aufhebung aller NS-Unrechtsurteile beschlossen – 53 Jahre nach Kriegsende und nach jahrelangem Druck der Öffentlichkeit. Mit der Aufhebung der Urteile ist aber keine Entschädigungsregelung verbunden. Das hatten Regierungsparteien und SPD vor der Be schlußfassung im Rechtsausschuß schon vereinbart. Wir dokumentieren die Rede des PDS-Abgeordneten Gerhard Zwerenz bei der Schlußberatung im Bundestag.

Gerhard Zwerenz (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!
53 Jahre nach Kriegsende beschließt der Deutsche Bundestag endlich die Aufhebung aller NS-Unrechtsurteile. Wenn das ein Akt historischer Gerechtigkeit sein soll, so zeugt dies doch erstens von beschämender Verspätung und zweitens vom wenig hellen Geisteszustand jener Teile der Kriegsgeneration, die nicht klüger aus dem Krieg herausgekommen sind, als sie hineingingen.

(Beifall bei der PDS)

Ich erlebte hier im Plenum noch die letzte vierjährige Hinhaltetaktik, nach der die verschiedenen Opfer der NS-Vernichtungsmaschine weiterhin als nicht rehabilitierte Verfolgte und Bestrafte leben sollten. Falls sich das jetzt wirklich ändert, ist es zu würdigen. Dabei mußte Herr Geis über seinen langen Schatten springen, um dieses Papier richtig zu finden, wobei ich nicht weiß, wie sehr er wirklich über seinen Schatten gesprungen ist. Ich bin da sehr unsicher.

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Sie müssen nur das Gesetz lesen!)

Ich sehe aber – ich erinnere mich sehr ge-

nau –, daß ein halbes Jahrhundert lang diejenigen den Opfern vorgezogen wurden, die gedankenlos oder opportunistisch oder mit falschem militärischen Pflichtgefühl zu den schuldbeladenen Aktivisten des Dritten Reiches gehörten. Zum Beispiel Dietl, um nur kurz daran zu erinnern: Es brauchte jahrzehntelanger oppositioneller Energien, bis der Name dieses antisemitischen Generals und Freundes Hitlers keine Bundeswehrkaserne mehr zieren durfte, und dann war das der CSU, Ihrer Partei, Herr Geis, immer noch einen Protest gegen Minister Rühe wert.

Zum Beispiel Gehlen, ein Busenfreund jenes Dr. Frey. – Da wären noch mehr CDU/CSU-Busenfreunde zu nennen. – Der heutige Herr der DVU-Heerscharen wurde von Ex- wie von Postnazis installiert.

Zum Beispiel Heusinger: Verteidigungsminister Rühe erließ am 14. August 1997 zum 100. Geburtstag von General Heusinger, des ersten Generalinspekteurs der Bundeswehr, einen pauschal würdigenden Tagesbefehl, in dem es geschichtsrelativierend heißt, Heusinger sei „durch Hitler mißbraucht worden“. Wir wissen in der Zwischenzeit sehr viel mehr. Derart wurden Hitlers oberste Helfer nach dem Krieg erneut hofiert und benötigt, die Opfer aber blieben im dunkeln. Sie sollte man – schlag nach bei Brecht – nicht sehen.

Hinter uns liegen 50 Jahre sturen Ver schweigens, aber auch ungerechter Ver teidigung oder Bagatellisierung der deutschen Kriegsverbrechen, und die 200 000 bis 500 000 Verurteilten und Hin

gerichteten waren vergessen.

Wenn sie nun benannt werden, so sollen sie doch nur durch die Hintertür eintreten, verspätet legalisiert, und man sagt ihnen: Wiedergutmachung ist für die meisten von euch nicht zu haben.

Übrigens fehlt in dieser Liste der zu rehabilitierenden Opfer der nationalsozialistische Lieblingsfeind, nämlich der „jüdisch-bolschewistische Kommissar“, ersatzweise der „jüdische Linkssintelle tuelle“, der, oft von Hitler und Stalin gemeinsam verfolgt, nur noch spurenweise am Leben blieb, was ihn in Deutschland vor übler Nachrede auch heute nicht schützt.

Es freut mich, der Hamburger Bundeswehr-Führungsakademie dafür danken zu können, daß sie, wohl in Wiedergutmachungsabsicht, meinen Freund Emil Carlebach zum Vortrag in der Akademie akzeptierte und ertrug. Ein Anti militarist, KZler, ein tatsächlich jüdisch-



Dortmund, 6. Juni: 100.000 demonstrierten für kurdische Einheit und Freiheit

Mehrere zehntausend Kurdinnen und Kurden, die Veranstalter schätzen sogar 100 000, nahmen am 6. Juni an einer großen Demonstration „Für Einigkeit und Freiheit in Kurdistan“ teil. In zwei kilometerlangen Marschsäulen marschierten sie zur Abschlußkundgebung nahe der Westfalenhalle. Zwei Jahre nach den schweren Krawallen im Zusammenhang mit einer damals verbotenen kurdischen Friedensdemonstration hielt sich die Polizei dieses Mal zurück, so daß eine große „Volksfeststimmung“ aufkam. Auch ein Versuch des Bundesinnenministeriums, durch ein Rundscreiben an Busunternehmer die Aktion noch zu behindern, blieb weitgehend folgenlos. Die grünen Landtagsabgeordneten von NRW, Ewald Groth und Jamal Karśli, und der Bochumer Arzt Knut Rauchfuss hatten die Aktion angemeldet, die Mobilisierung lag weitgehend in Händen des kurdischen Dachverbands YEK-KOM. Ulla Jelpke, Hans Branscheid, der italienische Kurdistan-Aktivist Dino Frisullo, ein griechischer Abgeordneter, der frühere dänische Ministerpräsident Anker Jørgensen sowie kurdische Rednerinnen und Redner sprachen oder schickten Grußadressen. Immer wieder gefordert wurde ein Stopp der Abschiebung von kurdischen Flüchtlingen, ein Stopp der Waffenlieferungen an die Türkei, die Aufhebung des PKK-Verbots und Schritte zu einer politischen Lösung des Kurdistan-Konflikts. (rül)

kommunistischer Intellektueller in höflicher Diskussion bei Bundeswehroffizieren, das läßt schon fast hoffen, auch wenn es nur ein Einzelfall ist, der leider durch andere plural dementiert wird.

Die Aufhebung der NS-Unrechtsurteile ist ein später Fortschritt. Der Wahlkampf zeigt: Das hat weder politische noch moralische Folgen. Im Kampf um die Macht wird die Linkenhatz zum Alltag. Meine Redezeit ist abgelaufen; ich sehe es. Lassen Sie mich mit einem Beispiel schließen, weil Sie, Herr Geis, hier erneut in bezug auf verfolgte Homosexuelle, in bezug auf verfolgte Deserteure und in bezug auf andere Opfer von einem „Aussortieren“ gesprochen haben.

Wie der kürzlich verstorbene Fritz Wüllner in seinem epochalen Werk „Die NS-Militärjustiz und das Elend der Geschichtsschreibung“ aufdeckte, wurden in Stalingrad binnen einer Woche kurz vor dem Ende noch 364 zum Tode verurteilte deutsche Soldaten exekutiert. Das muß man sich einmal vorstellen! Es gab schon keine Soldaten zum Kämpfen mehr, da hat man 364 deutsche, zum Tode verurteilte Soldaten aufgespart. Und dann hat man sich noch einige starke Leute geholt, um sie zu töten. Ich frage mich: Wie soll man da noch „sortieren“? Wie wollen Sie diese 364 gegen Kriegsende hingerichteten namenlosen Opfer denn überhaupt auseinanderbringen? Wie wollen Sie sagen, wer Widerstand geleistet hat und wer nicht? Für mich ist dies nur ein weiteres Beispiel für eine namenlose Trauer. Angesichts dessen ist das, was hier auf rechtspolitischem Gebiet so spät geschieht, nichts weiter als eine neuerliche Hinzufügung von Unrecht. (Beifall bei PDS, Bündnis 90/Die Grünen sowie Abgeordneten der SPD) (siehe auch Stellungnahme der VVN, Seite 12)

Skandalöse Steuersubvention für Reeder/Streit um Billigjobs Billigflaggen in der Seeschiffahrt

Die internationalen Seeleutegewerkschaften verzeichnen im Kampf gegen Billigflaggen und Billigjobs auf den Schiffen seit Jahren nur geringe Abwehrerfolge. Angeblich zur „Sicherung der deutschen Seeschiffahrt“ haben Bundesrat und Bundestag jetzt eine neue Reedersubvention ausgeheckt und Ende Mai verabschiedet: 40 Prozent der Lohnsteuer der Seeleute fließen direkt in die Taschen der Reeder. Weiter Streit gibt es dagegen um eine neue Schiffsbesetzungsverordnung, die Verkehrsminister Wissmann gleich mit verabschieden wollte und die auf Druck der ÖTV nun noch einmal verhandelt werden soll.

Für den Chef des Instituts „Finanzen und Steuern“, Adalbert Uelner, ist die im Ende Mai von Bundestag und Bundesrat verabschiedeten „Schiffssicherheitsanpassungsgesetz“ enthaltene neue Steuersubvention für die Reeder „das Schamloseste, was das Einkommenssteuerrecht je erdulden mußte“. Das Gesetz sei eine „Legalisierung von Lohnsteuerunterschlagung“. „Erdulden“ sollen in Wirklichkeit die abhängig Beschäftigten auf den unter deutscher Flagge fahrenden Seeschiffen, daß ab nächstes Jahr die Reeder 40% der Lohnsteuer, die sie zu Lasten ihrer Beschäftigten einziehen und die die Kapitalisten ansonsten üblicherweise an das Finanzamt abführen müssen, gleich selbst behalten dürfen. „Dies ist die perfektste Umverteilung von unten nach oben“, so wieder Adalbert Uelner. In der Tat: Daß die Kapitalisten die von ihnen eingezogene Lohnsteuer gleich selbst behalten, statt sie an das Finanz-

amt abzuführen und von dort evtl. als „Subvention“, Infrastruktur oder ähnliches wieder zurückzubekommen – diese direkte Bereicherung auf dem Steuerweg kannte das deutsche Steuerrecht bisher nicht.

Trotzdem: ab 1.1.1999 wird dieser Skandal für deutsche Reeder Wirklichkeit sein. Und, um die Groteske perfekt zu machen: Die ÖTV, Abteilung Seeschiffahrt, hat der Regelung auch noch zugestimmt! Das „Argument“ der ÖTV: In den Niederlanden dürften die Reeder sogar alle Lohnsteuern der dort beschäftigten Seeleute direkt in der eigenen Tasche behalten. Und in Italien tritt im Juni ebenfalls ein neues „Zweitregistergesetz“ in Kraft, das italienischen Reedern erlaubt, sämtliche Lohnsteuern der von ihnen als Beschäftigte ausgebeuteten Seeleute direkt in ihrer eigenen Kasse zu behalten. Zusätzlich übernimmt der italienische Staat auch noch sämtliche Sozialversicherungsbeiträge der Reeder. Einzige Bedingung: Die Schiffe der Reeder müssen von fremden Flaggen wieder in das italienische Zweitregister zurückgeflaggt werden.

Möglich geworden sind diese schon ins Groteske gehenden Einbrüche der Reedereikonzerne in Europa durch den anhaltenden Druck, den diese Konzerne durch die Ausflaggung des größten Teils ihrer Schiffe in sog. „Billigflaggen“ (iberianische u.a. Schiffahrtsregister, die den Reedern die Anheuerung von Seeleuten zu elendesten Löhnen und Arbeitsbedingungen, ohne jeden gewerkschaftlichen Schutz) seit Jahren auf die

Seeleutegewerkschaften in ihren Länder ausüben. Trotz vielfältiger Anstrengungen über den „ITF“, die Internationale Föderation der Transportarbeitergewerkschaften, ist es den Gewerkschaften bislang nicht gelungen, gegen diesen brutalen Billiglohndruck eine erfolgreiche Gegenwehr zu entwickeln.

Das Bundesverkehrsministerium versucht sogar, über die skandalöse Lohnsteuerregelung hinaus noch weitere Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen durchzusetzen. CDU-Minister Wissmann will dazu die Schiffsbesetzungsverordnung noch weiter verschlechtern. Die bisher geltende Verordnung schreibt für Schiffe unter BRD-Flagge ohnehin

- auf Schiffen von 500 bis 1600 BRZ drei Seeleute mit deutschen Befähigungszeugnissen,
- auf Schiffen von 1600 bis 4000 BRZ fünf Seeleute und
- auf Schiffen über 4000 BRZ sieben Seeleute

mit solchen Befähigungszeugnissen vor. Alle anderen Seeleute dürfen zu Billiglöhnen (z.B. philippinischen Hungerlöhnen) auf den Schiffen trotz deutscher Flagge und Registrierung ausgebeutet werden. Auf den Schiffen herrschen also ohnehin skandalöse Löhne und Beschäftigungsstandards für die Seeleute, die z.B. beim Bau und in anderen Branchen von den Gewerkschaften bislang noch abgewehrt werden konnten.

Die von Wissmann geplante neue Verordnung soll künftig nur noch

- auf Schiffen unter 1600 BRZ einen Kapitän,
- auf Schiffen von 1600 bis 8000 BRZ einen Kapitän und einen Schiffsmann und
- auf Schiffen über 8000 BRZ einen Kapitän, einen Schiffsmann und einen 1. nautischen Offizier

mit deutscher Staatsangehörigkeit vor. Alle anderen dürfen zu beliebiger Staatsangehörigkeit, und das heißt vor allem: zu beliebigen Löhnen und Arbeitsbedingungen, fernab von allen in der BRD erkämpften Löhnen und sonstigen gewerkschaftlichen Standards z.B. beim Arbeitsschutz, Versicherungen usw., beschäftigt werden.

Diese neuerliche Verschlechterung der ohnehin allen sozialen Standards in der BRD Hohn sprechenden Bedingungen auf den Schiffen konnte die ÖTV bisher abwehren: Auf der Bundesratssitzung Ende Mai, auf der Wissmanns „Schiffssicherheitsanpassungsgesetz“ verabschiedet wurde, wurde die gleichzeitig von Wissmann vorgelegte neue Besetzungsverordnung erst einmal zurückgestellt. Im Juni soll nun darüber weiter verhandelt werden, die ÖTV versucht, durch Unterschriften an die Regierungen der Küstenländer, den Vorstoß des Ministers, der die SPD-Regierungen der Küstenländer schon weitgehend auf seine Seite gezogen hatte, nun noch abzuwehren. rül

Quellen: Handelsblatt, 26.5.98; ÖTV-Report Seefahrt, Ausgabe Mai 1998

Neue Kapitalexportbilanz der Bundesbank

Drang nach Osten ungebrochen

Ende Mai hat die Bundesbank ihre jährliche Bilanz der Kapitalexporte deutscher Unternehmen veröffentlicht. Sie dokumentiert nicht nur einen weiter überschäumenden Kapitalexport der deutschen Konzerne, sondern auch einen anscheinend ungebrochenen Drang nach Osten.

Die Niedriglohngebiete der sog. „Reformländer“, also vor allem des Ex-RGW, in Osteuropa ziehen mit ihren verlockenden Renditeaussichten die deutschen Konzerne offensichtlich weiter geradezu magisch an. Wenn die Steigerungsraten der Vorjahre auch 1997 angehalten haben, dürfte die Zahl der Lohnabhängigen in den Auslandswerken deutscher Firmen in diesen Ländern inzwischen die der Lohnabhängigen in deutschen Auslandsfilialen in den USA übertreffen. Aber auch in andere Regionen steigen die Kapitalexporte deutscher Konzerne weiter steil. Ende 1996 übertraf die Zahl der Auslandsbeschäftigte deutscher Konzerne erstmals die 3-Millionen-Marke. Wobei indirekte Kapitalanlagen (z.B. Auslandswerke, die von Holdinggesellschaften kontrolliert werden, die deutsche Kapitalmehrheit aufweisen, aber aus steuerlichen Gründen im Ausland registriert sind) dabei gar nicht erfaßt sind. Die Bundesbank deutet an, daß bei Erfassung dieser indirekten Kapitalanlagen alle Daten vermutlich um ca. 10% nach oben korrigiert werden müßten.

Aber auch ohne diese Holdings dokumentieren die Zahlen der Bundesbank einen weiter anhaltenden Vormarsch deutscher Konzerne auf den Weltmärkten: Steigerung der Direktinvestitionen im Ausland binnen eines Jahres (1996) um über 60 Milliarden DM, Anstieg der Auslandsbeschäftigung um 250.000 Personen, Umsatzsteigerung dieser Auslandswerke um 136 Milliarden DM im gleichen Zeitraum. Von einer „Krise“ im Kapitalexport deutscher Konzerne kann keine Rede sein. Eher von zunehmenden An-

zeichen einer Überproduktion von Kapital sprechen, die durch die Steigerung des Kapitalexports in andere Weltgegenden aufgefangen werden soll.

Für die Beschäftigung und die Ge-

werkschaften in der BRD steigt durch

diese Kapitalexporte der Druck auf die Löhne und Tarife weiter. Insbesondere durch den ungebrochenen „Drang nach Osten“. In den Niedriglohnländern in Osteuropa beuteten deutsche Konzerne Ende 1996 bereits 452.000 Lohnabhängige aus, die 55,2 Milliarden DM Umsätze produzierten – über die dabei erzielten Gewinne schweigt die Bundesbank dezent. Binnen fünf Jahren stiegen damit

- die Direktinvestitionen deutscher Konzerne in diesen Ländern auf das Zehnfache – von 2,15 Mrd. DM (1991) auf 20,63 Milliarden DM (1996)
- die Beschäftigtenzahl in diesen Werken auf mehr als das Fünffache – von 85000 auf 452000
- und die Umsätze dieser Auslandswerke auf mehr als das Siebenfache – von 7,7 auf 55,2 Milliarden DM.

Beinahe jeder sechste Lohnabhängige, der in Auslandswerken für die Profite der deutschen Konzerne schuftet mußte, arbeitete 1996 bereits in Werken in den sog. „Reformländern“ des RGW – zu Niedrigstlöhnen von 4 DM, 5 DM, zum Teil noch weniger. Wobei diese Billiglöhne für die Beschäftigten in diesen Ländern selbst oftmals sogar noch eine vergleichsweise „gute“ Bezahlung bedeuten. Skoda in der Tschechischen Republik, Audi in Ungarn usw. zahlen oft in ihren Werken mehr, als andere Firmen im gleichen Land. Eine europaweite Hierarchie von gegeneinander konkurrierenden Lohnabhängigen ist die Folge.

Die Gewerkschaften in der BRD müssen sich deshalb dringend und sehr viel stärker als bisher um Verbindungen und um Zusammenarbeit mit den Beschäftigten in Osteuropa bemühen. rül

Deutsche Kapitalexporte seit 1991 – eine Übersicht

	weltweit	EU	USA	Reform- länder	Ex- Jugosl.	Polen	Tschech. Rep.	Ungarn
Alle Direktinvestitionen in diesen Ländern, in Milliarden DM								
1991	262,67	133,89	59,89	2,15	0,42	0,09	0,54	0,49
1994	348,28	168,59	79,95	8,96	0,41	1,11	2,77	2,79
1995	384,80	211,21	83,44	13,58	0,53	2,04	4,19	3,46
1996	446,27	235,06	105,50	20,63	0,57	3,29	5,24	6,24
Beschäftigte in Auslandswerken deutscher Unternehmen, in Tausend:								
1991	2408	849	481	85	12	9	20	26
1994	2645	905	494	247	10	44	67	56
1995	2834	1136	515	359	10	66	92	70
1996	3081	1223	551	452	12	78	106	111
Umsätze dieser Auslandswerke, in Milliarden DM								
1991	793,2	370,0	179,4	7,7	1,9	0,4	0,9	2,4
1994	966,4	428,1	228,4	24,3	1,4	3,6	7,0	6,2
1995	1046,5	556,6	224,0	37,3	1,2	7,0	10,6	8,3
1996	1182,3	631,3	249,1	55,2	2,0	11,7	14,8	12,7

Quelle: Deutsche Bundesbank, Kapitalverflechtung mit dem Ausland, Statistische Sonderveröffentlichung 10, Ausgabe Mai 1996 und Mai 1998

Die schwarzen Listen der Denunziation

Von Knut Rauchfuss

Zeitgleich mit großangelegten Bombardierungen in den Regionen Bingöl und Sirnak haben Regierung und Militär in der Türkei eine Generaloffensive gegen die legale Opposition des Landes eingeleitet.

Bereits seit Beginn des Jahres führt das türkische Militär mit Unterstützung der staatstragenden Medien eine internationale Propagandakampagne die behauptet, die PKK sei militärisch geschlagen und kurdische Organisationen seien politisch marginalisiert. Man brauche ihnen nur noch endgültig den Todesstoß versetzen. Offizielle Rechtfertigung für die neuerliche Militäroffensive, wie auch der Verfolgung der kritischen Öffentlichkeit, bildet dabei eine Kaskade angeblicher Aussagen des in türkischer Haft befindlichen ehemaligen ARGK-Kommandanten Semdin Sakik.

Sakik hat sich in Südkurdistan am 16. März Einheiten der KDP ergeben. In den türkischen Medien wurde auch dieser Vorgang als ein Beleg für den angeblichen Zerfall der PKK hochgespielt.

Einzelne Zeitungen nahmen den Frontwechsel Sakiks zum Anlaß für die Behauptung, daß weitere Kommandeure übergelauft seien. Die Genannten dementierten das Gerücht jedoch am selben Tag in einer Sendung von MED-TV und erklärten die Hintergründe für Sakiks Verhalten. Dieser sei u.a. verantwortlich für den Überfall auf einen Reisebus im Mai 1993 in der Provinz Bingöl, bei dem 33 unbewaffnete türkische Soldaten exekutiert worden waren. Der Überfall bedeutete das jähe Ende eines zuvor von Abdullah Öcalan erklärten einseitigen Waffenstillstandes. Außerdem soll Sakik rund 70 PKK-Rebellen durch Exekution bestraft haben. Daraufhin sei er aller verantwortlichen Posten innerhalb der PKK enthoben worden.

Kaum bei den Truppen Barzanis in Südkurdistan angekommen meldete sich Sakik in der türkischen Redaktion der

britischen BBC, um die PKK heftig zu attackieren und sich selbst als Hardliner und „wahrer Befreiungskämpfer“ zu präsentieren. Er habe mitnichten die Flucht ergriffen, sondern sei „in mein Land, zu meinem Volk zurückgekehrt“ und genieße „bei der gastfreundlichen KDP jegliche Bewegungsfreiheit“. Lei-

tatsächlich ablehnte oder ihre Hände bei der Entführung Sakiks in die Türkei mit im Spiel hatte, muß vorerst als unklar bezeichnet werden. Offiziellen Angaben zufolge flog ein türkisches Armee-Sonderkommando mit einem Helikopter nach Dohuk im Nordirak. Die Elitesoldaten verkleideten sich als Kurden und fingen dort das Auto Sakiks ab, nahmen ihn fest und entführten ihn auf türkisches Gebiet. „Aktion Fledermaus“ hieß die Geheimoperation. Nun werde er wie ein „ganz normaler Terrorist“ und nicht etwa wie ein Überläufer behandelt, hieß es in Ankara.

Seither hat niemand mehr Sakik zu Gesicht bekommen. Weder Anwälte noch Familienangehörige haben Zutritt zu ihm und seine Zelle im Gefängnis von Diyarbakir, wohin er angeblich verlegt worden sei, ist leer.

Die sogenannten „Sicherheitskräfte“ der Türkei jedoch überschwemmen die Presse mit sogenannten Enthüllungen und Geständnissen, die der Entführte im Verhör gemacht haben soll. So beschuldigen die staatstragenden Medien des Landes, unter Berufung auf Sakik seither namentlich prominente MenschenrechtlerInnen, kurdische PolitikerInnen, Zeitungen, JournalistInnen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, wie die bekannte Popsängerin Sezen Aksu, die Ziele der PKK unterstützt und dafür teilweise auch Geld von der PKK bekommen zu haben.

Die regierungsnahe Tageszeitung „*Sabah*“ berichtete unter Berufung auf den stellvertretenden türkischen Ministerpräsidenten Bülent Ecevit, der schwedische Ministerpräsident Olof Palme sei seinerzeit einem Attentat der PKK zum Opfer gefallen. „Sakik hat über das Attentat in allen Einzelheiten berichtet“, wurde Ecevit zitiert.

Außerdem habe Sakik bei seinen Verhören erklärt, militante PKK-Rebellen würden in ihrem Kampf gegen die Türkei von Deutschen unterstützt. Unter der Überschrift „Deutschland bildet PKK-Militante aus“ zitierte die Tageszeitung „*Hürriyet*“ Sakik: „Die in Deutschland erpreßten Gelder werden von deutschen Kurieren zur PKK und zu ihrem Führer Abdullah Öcalan in Damaskus weitergeleitet.“ Deutsche hätten sich nicht nur auf die logistische Unterstützung der PKK beschränkt, sondern auch militante Mitglieder ausgebildet, hieß es weiter. Bevor Bundesanwalt Nehm die seit 1993 in Deutschland verbotene PKK nicht mehr als terroristisch einstuftet, hätten deutsche Abgeordnete und Justizvertreter Öcalan in Damaskus aufgesucht. Auch medico international wurde beschuldigt, die PKK finanziell zu unterstützen.



Der IHD-Vorsitzende Akin Birdal kurz nach dem vermutlich aus dem Sicherheitsapparat heraus gesteuerten, zumindest aber geduldeten Attentat vom 12. Mai auf ihn.

der habe er sich zu spät gegen die „Fluchtmentalität der Führung“ der PKK gewandt, die von Syrien aus den Kampf befehlige. Öcalan habe durch seine Machtpolitik die Partei „zur Sekte gemacht“ und sich selbst „zum Scheich ausgerufen“. Sakik übernahm auch die Verantwortung für die damalige Aktion in der Region Bingöl. Zu seiner Rechtfertigung führte er an, der Entschluß sei in einer Zeit gefaßt worden, in der „der Feind intensive Angriffe führte, die nicht nur die Guerilla zum Ziel hatten“.

Inwieweit die KDP ein Auslieferungsbegehren der türkischen Regierung

Zwar wiesen die beschuldigten Presseorgane sowie genannte Personen die Verleumdungen umgehend als unwahr zurück, die Konsequenzen ließen jedoch nicht lange auf sich warten. Neben der militärischen Offensive, die auf der angeblichen Preisgabe von Informationen über die Lokalisation von Stellungen der ARGK basiert, setzte die vorprogrammierte Verfolgungslawine gegen die zivile Opposition ein. Die sogenannten „Sicherheitsbehörden“ haben erklärt, sie konzentrierten nun ihr Vorgehen gegen die PKK im Lichte der Aussagen Sakiks auf die von ihm genannten Ziele.

Dabei hatten der dennunzierte Kolumnist der Zeitung *Sabah*, Mehmet Ali Biran, noch fast Glück – er verlor lediglich seinen Arbeitsplatz. Auch Akin Birdal, der Vorsitzende des Menschenrechtsvereines IHD war durch vermeintliche Aussagen Sakiks als Unterstützer der Arbeiterpartei Kurdistans belastet worden, bevor er am 12. Mai Opfer eines Anschlages rechtsradikaler Todesschwarzen wurde. Wenige Tage zuvoren ging Dicle Anter, der Sohn des ebenfalls ermordeten Autors Musa Anter, nur knapp einem Attentat.

In den angeblichen Geständnissen Sakiks sind außer Birdal und dem IHD auch die Tageszeitungen *Ülkede Gündem* und *Emek* sowie die „Samstagsmütter“, die seit über drei Jahren jede Woche gegen die Verschleppung und Ermordung ihrer Söhne und Töchter protestieren, die Gewerkschaft KESK und die prokurdische Partei HADEP der Unterstützung der PKK beschuldigt worden.

Der Druck auf HADEP, die bereits seit ihrem Bestehen staatlicher Verfolgung ausgesetzt ist und derzeit in einem Schauprozeß gegen ihre Parteispitze vor dem Staatssicherheitsgericht in Ankara dem Verbot der Partei entgegenseht, hat sich seit den Aussagen Sakiks weiter verschärft. Am 22. Mai wurden mehrere Parteibüros durchsucht und 16 Personen verhaftet. Als die Attentäter Akin Birdals auf öffentlichen Druck hin schließlich verhaftet wurden, gestanden sie, auch einen Anschlag auf den ebenfalls als Menschenrechtsanwalt bekannten HADEP-Vorsitzenden aus Istanbul, Mahmut Sakar, vorbereitet zu haben.

Anfang Mai griff die Polizei in Istanbul auch die „Samstagsmütter“ an. Diese hatten zum 15. Mai für ihre in Polizeihäft „verschwundenen“ Angehörigen demonstrieren wollen, als sie von Polizeieinheiten überfallen, geschlagen und festgenommen wurden.

Es ist viel darüber diskutiert worden, ob die ihm zugeschriebenen „Enthüllungen“ tatsächlich von Sakik stammen. Zumindest eines läßt sich feststellen: hätte dieser freiwillig ausgesagt, wäre es ein gefundenes Fressen für die türkischen Propagandisten, den ehemaligen ARGK-Kommandanten auf einer öffentlichen Pressekonferenz zu präsentieren. Die Tatsache, daß dies nicht geschieht und daß keine der angeblich neuen Informa-

tionen über das bisher von der türkischen Propaganda Behauptete hinausgeht, spricht eher eine gegenteilige Sprache. Doch genau genommen ist es unerheblich, wer die Sakik zugeschriebenen Propagandalügen wirklich in die Welt setzt. Sie dienen der Legitimation einer erneut gigantischen Militäroffensive gegen die kurdische Bevölkerung und der Denunziation der zivilen Opposition, v.a. im Westen der Türkei und im europäischen Ausland.

Als die vermeintlichen Angaben Sakiks, wonach der schwedische Ministerpräsident Olof Palme 1986 einem Attentat der PKK zum Opfer gefallen sei, ihren gewünschten Effekt in Schweden nicht erzielten, trat die türkische Regierung den Rückzug an. Die türkische Tageszeitung „*Milliyet*“ zitierte Ministerpräsident Mesut Yilmaz mit den Worten, Sakik habe seine Aussage gegenüber der Staatsanwaltschaft jüngst wieder geändert. Die schwedischen Behörden seien über die veränderte Lage informiert worden.

Die übrigen Denunziationen jedoch werden weiterhin öffentlich vertreten. Die Beschuldigten haben die Konsequenzen zu tragen. Und das heißt weiterhin massenhafter Mord an der kurdischen Bevölkerung und eine Verschärfung der Verfolgung all jener Menschen, die sich in der Türkei für eine friedliche Lösung des Konfliktes aussprechen.

Kosovokonflikt

Albaner fordern internationales Protektorat Militäraktion der Nato?

Die Nato Außenminister haben auf ihrer Konferenz am 27./28.5.98 in Luxemburg beschlossen, daß mit Hilfe des Programms „Partnerschaft für den Frieden“ (PFP) Albanien und Mazedonien stärker logistisch aufgerüstet werden.

Bundesverteidigungsminister Rühe teilte mit, daß die Bundeswehr etwa 50 Schützenpanzer des Typs BTR-70, die noch aus den Beständen der DDR-Armee stammen, Mazedonien übergeben werden. In Mazedonien soll der Truppenübungsplatz Krivolack als PFP-Ausbildungszentrum genutzt werden. Außerdem soll im September eine PFP-Übung stattfinden, an der sich 15 Nationen beteiligen wollen. Eine weitere PFP-Übung soll unter Einbeziehung von Land und Luftstreitkräften im August in Albanien stattfinden. Die ständige Einsatzflotte der Nato im Mittelmeer wird im Juli in den albanischen Hafen Durres einlaufen. Schließlich soll in der albanischen Hauptstadt Tirana ein ständiges Verbindungsbüro der Nato und der PFP-Organisation eröffnet werden. Des weiteren wird das Mandat der UN-Beobachtertruppe Unpredip in Mazedonien verlän-



gert. Im Bezug auf ein direktes militärisches Eingreifen der Nato im Kosovo erklärte deren Generalsekretär: „Nichts ist ausgeschlossen“. Die Militärs prüfen alle Optionen.

Ziemlich offen wird eine weitere Eskalation der Auseinandersetzung im Kosovo im Kauf genommen. Bundesaußenminister Kinkel forderte bei Treffen der EU-Außenminister in Palermo, daß die Nato zunächst Truppen nach Albanien und Mazedonien entsenden solle. Wenn sich die Situation weiter zuspitzte, müsse die Allianz nach Wegen suchen, im Kosovo selber einzutreten. Die Wirtschaftssanktionen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien sollen auch kurzfristig verschärft werden. Nach Schätzungen der Nato sind für den Einsatz an den Grenzen zum Kosovo mehr als 20 000 Soldaten notwendig. Aber die Truppen wären noch nicht einsatzbereit. Die russische Regierung warnte die Nato, Truppen in die Krisenregion zu schicken, selbst wenn Albanien das fordert. Vor einer Stationierung muß der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen konsultiert werden. Die russische Regierung fordert, daß statt Nato-Einheiten die in Mazedonien stationierten Soldaten der Vereinten Nationen zur Grenzsicherung eingesetzt werden sollen.

Der BRD-Außenminister hat auf einer Mittelmeerkonferenz, die im Anschluß an das Treffen der EU-Außenminister stattfand, mit dem beteiligten Staaten vor allem auch die Flüchtlingsfrage diskutiert. Kinkel will eine „regionale Lösung“, d.h. die Menschen, die aus dem Kosovo von der serbischen Polizei und Armee vertrieben werden, sollen in den angrenzenden Staaten in Sammellager untergebracht werden. Ein durchsichtiges Manöver. Weiß man doch, daß dann aus der Unzufriedenheit der Zusammengeworfenen erst recht Konfliktpotential entsteht – immer wieder so die Konflikte am Gären zu halten. Die militärischen Albaner der UCK werden hier gute Rekrutierungsmöglichkeiten haben.

Die Bundesregierung hat sich auch offenbar die Koordination der EU- und Nato-Aktivitäten bzgl. Kosovo-Krise angeeignet. So wurde der politische Direktor der Auswärtigen Amtes, Ischinger, in die Region entsandt mit dem Auftrag, in den angrenzenden Ländern Mazedonien, Albanien und im Kosovo selbst Sondie-

lungsgespräche zu führen. Die Informationen und Instruktionen, die Ischinger in der Region einsammelte und erteilte, waren dann die Grundlage für die Beratungen der EU-Außenminister und Verteidigungsminister, die in der vergangenen Woche stattfanden.

hav

Montenegro

Milosevic-Gegner siegt bei Parlamentswahl

Bei den Parlamentswahlen in Montenegro, die am Pfingsten stattfanden, hat die Lstenverbündung „Für ein besseres Leben“ die absolute Mehrheit der Stimmen errungen. Die Partei mit dem sinnreichen Namen wird damit wahrscheinlich auch über die absolute Mehrheit der Sitze im montenegrinischen Parlament verfügen.

Die Liste bildet sich aus 3 Parteien: der Demokratischen Partei der Sozialisten (DPS) des montenegrinischen Präsidenten Djukanovic, einer sozialdemokratischen Gruppierung sowie der nationalliberalen Volkspartei. Die oppositionelle Sozialistische Volkspartei (SNP) des jugoslawischen Ministerpräsidenten Bulatovic erhielt gut ein Drittel der Stimmen. Drittstärkste Kraft wird die Liberale Union, die 6,3% der Stimmen erhielt. Weiterhin werden zwei politische Parteien der Albaner vertreten sein. Die albanische Minderheit stellt etwa 7% der ca. 600 000 Bewohner Montenegros und erhält nach der Verfassung fünf garantierter Sitze, ohne die Pflicht, die 3%-Hürde überspringen zu müssen. An dieser Hürde scheiterte sowohl die rechte Serbische Radikale Partei (SRS), deren Führer, der Cetnik-Bewunderer Seselj, stellvertretender Ministerpräsident in Serbien ist, als auch die Partei der muslimischen Bevölkerung Montenegros (ca. 14% der Bevölkerung).

Djukanovic als auch Bulatovic kommen ursprünglich aus der alten Bund der Kommunisten Jugoslawiens und haben sich nach dessen Zerschlagung durch die national-reaktionären Kräfte (in Kroatien: Tudjmann; in Serbien: Milosevic) der Fraktion um Milosevic angeschlossen. Beide haben sich dann wegen Streitigkeiten um die Verteilung des Schwarzmarkthandels (es heißt, Djukanovic sei hier der erfolgreicher gewesen) getrennt. Montenegro hat als einzige Region in der Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) einen Seezugang. Während des Handelsembargo gegen die BRJ laufen wichtige illegale Warentransporte über die Häfen Montenegros, was einen großen Schwarzmarktgewinn bringt, wenn man die Routen kontrolliert.

Der Bruch zwischen Bulatovic und Djukanovic war auch gleichzeitig das Ende der Freundschaft zwischen Djukanovic und Milosevic. Ersterer droht nun auch mit der Spaltung der BRJ. „Milosevics historisch überholte und verantwor-

tungslose Politik ist für den wirtschaftlichen und politischen Niedergang und die Isolierung der Bundesrepublik Jugoslawien verantwortlich. Sollte es zu keiner Wende kommen, droht dem Bundesstaat ein Zerfall von innen“, so Djukanovic in einer ersten Stellungnahme zum Ausgang der Wahlen.

Es wundert nicht, daß eine solche Position eine sofortige Befürwortung von Seiten der deutschen Bundesregierung bringt. Der deutsche Außenminister Kinkel („Serbien muß man auf die Knie zwingen“) gratulierte dann auch als erster dem Wahlgewinner und versprach weitere großzügige Hilfe der BRD. Kinkel zählte fünf Punkte auf: Deutsche politische Stiftungen seien bereit, ihre Aktivitäten in Montenegro auszubauen. Hermes-Deckungen für deutsche Lieferungen nach Montenegro seien grundsätzlich möglich, weil die Bundesregierung Ausnahmeregelungen für begrenzte Geschäftsumfänge gestatte. (Dabei muß man wissen, daß es immer noch ein Handelsembargo gegen die BRJ gibt, und Montenegro ist ein Teil der BRJ. Auf diese Weise trägt die BRD direkt zur Spaltung der BRJ und letztlich zu ihrer Auflösung bei. In dieser Offenheit hört man eine solche Politik selten). Kapitalanlage-Garantien zur Investitionsförderung können auch erteilt werden. Die Kreditanstalt für den Wiederaufbau habe sich zur Finanzierung eines Wasserkraftprojektes entschlossen.

Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung im und um den Kosovo ist die Sorge der BRD um Montenegro nur ein weiterer Baustein ihrer Politik der Zerschlagung der alten Balkanföderation.

hav

Rußland

Parteitag der KP sieht „Linkswende“

Am Wochenende 23./24.5. fand der 5. (außerordentliche) Parteitag der russischen kommunistischen Partei (KPRF) statt.

Der Parteitag nahm eine Erklärung „Zur Position der Partei unter den Bedingungen einer neuen Zusatzierung der sozialen und wirtschaftlichen Krise“ an. Darin wird festgestellt, daß die Massenproteste der Bergarbeiter, Lehrer, Studenten und Wissenschaftler sowie der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes mit ihren Forderungen nach Rücktritt des Präsidenten und einem politischen Kurswechsel ein deutliches Zeichen des Linkstrends in der Gesellschaft zeigen. Gefordert wird von der KPRF das sofortige Einfrieren von Schuldenrückzahlungen, bis die Lohnrückstände an alle Lohnabhängigen sowie sämtliche ausstehenden Renten und Kindergelder beglichen sind.

Der Kongreß beschloß die schon von einem ZK-Plenum im Februar vorgebrachte Änderung im Parteistatut.

Entsprechend einer Novellierung der Wahlgesetzgebung bezeichnet sich die KPRF nun als „politische“ Organisation, was ihr das Recht gewährt, an Wahlen auf allen politischen Ebenen teilzunehmen.

Ein Streitpunkt auf dem Kongreß war das Verhalten einiger kommunistischer Abgeordneter bei der Abstimmung zum neuen Ministerpräsidenten. Im Zentralkomitee wurde vorab darüber abgestimmt. 102 waren für eine Nichtwahl von Kirijenko, 12 waren für die Wahl. In der Duma haben dann sieben von 183 kommunistischen Abgeordneten für Kirijenko gestimmt und somit gegen den Beschuß des ZK gehandelt. Entscheidend war aber dann letztlich das Stimmverhalten der mit den Kommunisten verbündeten Organisationen im Parlament, das dann eine Mehrheit für Kirijenko brachte. Auf dem Parteitag wurden vor allem Parteichef Sjukanow und der Parlamentspräsident Selesnjow angegriffen. Ihr Verhalten (nämlich für Kirijenko zu stimmen) hätte die Parteidisziplin geschwächt. Aus Furcht vor einer Auflösung des Parlaments, die unweigerlich von Jelzin durchgeführt worden wäre, wenn Kirijenko nicht zum Ministerpräsidenten gewählt worden wäre, und aus Furcht vor dem Verlust von Parlamentsmandaten hätten sie sich vor der Macht Jelzins geduckt.

Persönliche Konsequenzen aber hat dieses Verhalten für die Angegriffenen nicht, es gibt aber jetzt konkrete Überlegung in der Partei, die Parlamentswahlen doch vorzuziehen, weil die Streikbewegung und die Unzufriedenheit im Lande der Linken eher nutzen kann.

hav



Streikposten der Bergarbeiter, die mit ihren Blockaden von Zugstrecken die Regierung zur Auszahlung längst fälliger Löhne zwangen.



ARBEITSLOSENPROTESTE IN ITALIEN: Letzte Woche gab es wieder Massenproteste der Arbeitslosen in Neapel. 200 000 Arbeitslose zählt Neapel, 40 000 sind 1997 hinzugekommen. Die Arbeitslosenquote liegt offiziell bei ca. 26%, die Jugendarbeitslosigkeit reicht bis 60%. Die Arbeitslosen demonstrierten vor dem Sitz der Provinzverwaltung, wo Gewerkschaftsvertreter mit der Provinzregierung über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit berieten. Unangenehm aufgefallen ist der Sekretär der PDS (Ex-KPI), Massimo D'Alema, indem er die Forderung des Unternehmerverbandes aufgriff, niedrigere Löhne in Südalien zu zahlen als im Norden. Dagegen protestierte zu Recht der Chef der größten Gewerkschaft CGIL: „Wenn man bedenkt, das schon heute im Mezzogiorno die Durchmittellöhne 25% niedriger liegen als 1997, müßten wir das Beschäftigungsproblem im Süden schon längst gelöst haben.“

Bild: ND

Frankreich: Streik bei der Air France

Im Konflikt bei der Air France geht es nicht nur ums Geld und gesicherte Arbeitsverhältnisse. Es geht um die zentrale Frage, ob die Gesellschaft im Staatsbesitz bleibt oder privatisiert wird. Die Air France zählt zu den tragenden Säulen des französischen Systems der „service publics“, der Anbieter öffentlicher Dienstleistungen. In der Nachkriegszeit wurden in Frankreich eine Reihe von staatlichen Monopolen gebildet, die ihre Dienste allen Franzosen zu günstigen sozial vertraglichen Bedingungen anbieten sollten. Diese Firmen sollten nicht Profit erwirtschaften, sondern soziale Dienste leisten. Neben der Air France zählte dazu das Strommonopol „Électricité de France“ (EDF) die Post und France Télécom. Diese Gesellschaften hatten im Unterschied zu den kapitalistischen Firmen gesicherte Arbeitsverhältnisse und vorbildliche Sozialleistungen. Im Rahmen der Verschärfung der kapitalistischen Verwertungsprozesse sollte schon in den 80er Jahren unter den konservativen Regierungen diese Gesellschaften privatisiert werden. Die verschärfende Konkurrenz mit British Airways und der deutschen Lufthansa um die Beherrschung der europäischen Flugnetze brachte die Air France schwer ins Trudeln. Der ehemalige Präfekt von Neukaledonien, der sich in der Auseinandersetzung mit den dortigen Bewohnern einen schlechten Ruf verschaffte, wurde als „Sanierer“ der Air France berufen. Mit Lohnkürzungen und Entlassungen machte er sich auch bei den Beschäftigten in Frankreich un-

beliebt. Der ehemalige Präfekt trat zurück, nachdem die sozialistische Regierung Jospin im Oktober 1997 eine vollständige Privatisierung ablehnte. Aber teilprivatisiert soll Air France doch werden. Der kommunistische Transportminister Gayssot tritt gegen einen Verzicht der staatlichen Aktienmehrheit auf. Das Konzept der Regierung sieht vor, daß 15–20% des Kapitals an die Börse zu geben. Der Belegschaft sollen 15% der Aktien angeboten werden, dabei 10% allein an die Piloten. Auf diese Weise behielte der Staat das Unternehmen unter Kontrolle. Lohnabbau und Stellenkürzungen wird dieses Konzept nicht verhindern.

Österreich: Neutralität ade

Noch vor dem Sommer soll Österreichs Verfassung geändert werden, damit das Bundesheer zu Kampfeinsätzen ins Ausland geschickt werden kann. Darauf einigten sich die Parteien der Regierungskoalition ÖVP und SPÖ. Keine vier Wochen ist es her, daß die SPÖ einen Koalitionskrach über die Frage der Nato-Mitgliedschaft mit der ÖVP ankündigte. Nun stellt sich heraus, daß Österreich keine formelle Mitgliedschaft in der Nato braucht, daß das Bundesheer trotzdem im Rahmen von Nato-Einsätzen kämpfen kann. In einem Begleitgesetz zum Amsterdamer Vertrag kamen die Regierungsparteien überein, die militärischen Aufgaben der sog. „Petersberger Beschlüsse“ wahrzunehmen. Damit verpflichtet sich Österreich, an westeuropäischen Militäreinsätzen im Rahmen

der WEU und Nato teilzunehmen. Darunter fallen lt. Vertrags- text nicht nur „friedenssichernde“ sondern auch „friedensschaffende“ Maßnahmen, was nichts anderes als eine Umschreibung für Kampfeinsätze ist. Weil per Statut der „Partnerschaft für den Frieden“ österreichisches Territorium ohnehin als Einsatzgebiet für Nato-Soldaten bereitgestellt worden ist, kann von einer Neutralität nicht mehr die Rede sein. ÖVP-Fraktionschef Khol freut sich öffentlich: „Das Neutralitätsgesetz ist damit außer Kraft gesetzt.“

Brasilien: Lula macht Boden gut

(Rio de Janeiro, 1. Juni, recosur Poonal). In den jüngsten Wahlumfragen ist Präsident Fernando Henrique Cardoso auf 34% der Stimmen gefallen. Dagegen konnte sich der aussichtsreichste Oppositionskandidat Luis „Lula“ Ignacio de Silva von der Arbeiterpartei (PT) um 6 auf 30% verbessern. Für die ExpertInnen bedeutet die geringe Differenz ein technisches Patt. Bisher war vielfach davon ausgegangen worden, der amtierende Präsident könnte seine Wiederwahl schon im ersten Durchgang erreichen. Nach dem rasanten Popularitätsverlust von Cardoso in den vergangenen Wochen scheint nun wieder alles offen. In den großen Städten zeichnete sich sogar erstmals eine Mehrheit für Lula ab, die zudem mit 37 zu 26 Prozent recht deutlich ist. Der Präsident machte sich zuletzt mit zögerndem Handeln angesichts der Dürrekatastrophe im brasilianischen Nordosten unbeliebt. Auch seine öffentlichen Erklärungen zur Reform der Sozialversicherung, in deren Rahmen er die RentnerInnen unter 50 Jahre „Vagabunden“ nannte, kamen nicht gut an. Lula seinerseits erreichte einen Popularitätssprung von 13% bei den über 60jährigen. Dort zog er viele Unentschlossene auf seine Seite. Die Umfrage fand in 119 Städten und Orten am 27. und 28. Mai statt.

Indonesien: Proteste gehen weiter

Auf einer Straße in der Nähe des Parlaments in der indonesischen Hauptstadt Jakarta versammelten sich mehrere tausend Studenten und forderten, Ex-Präsident Suharto wegen Wirtschaftsverbrechen vor Gericht zu stellen. Die Proteste richteten sich auch gegen den neuen Präsidenten Habibie, dem sie vorwarfen, als langjähriger Vertrauter von Suharto in dessen Machenschaften verwickelt zu sein. Das Militär droht nun, gegen die zunehmenden Proteste vorzugehen. „Die Streitkräfte werden die notwendigen Schritte ergreifen, dies zu beenden“, drohte der Militärcapitän Wiranto. Das internationale Kapital hat auch schon die nötigen Schritte eingeleitet. Anscheinend zufrieden mit der Tätigkeit der neuen Regierung, gab die Weltbank einen Kredit in Höhe von umgerechnet 400 Millionen DM frei. (Zusammenstellung: hav)

Kongreß für Umverteilung und Demokratie

FRANKFURT. Als Ausgangspunkt für ein langfristig angelegtes Bündnis für Demokratie und Umverteilung hat sich eine Gruppe von Studierendenvertretungen, Gewerkschaften und sozialen Initiativen gebildet, die gemeinsam einen Bündniskongreß durchführen wollen. Studierende der Universitäten Dortmund, Frankfurt/Main, Gießen, Mainz, der FH Frankfurt/Main und der GH Essen wollen mit der IG Metall, der IG Medien, der GEW, dem Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und der BAG der Sozialhilfeinitiativen ein breites gesellschaftliches Bündnis ins Leben rufen, das in der Lage ist, dem von der Bundesregierung betriebenen Projekt des Neoliberalismus und der Deregulierung entgegenzutreten. Der Bündniskongreß für Demokratie und Umverteilung, der vom 5. bis 7. Juni an der Fachhochschule Frankfurt/Main stattfinden wird, soll dabei Perspektiven für eine Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten sowie für eine Demokratisierung aller Lebensbereiche entwickeln.

Dabei soll herausgestellt werden, welche Bedeutung die Bereiche Arbeit, Bildung, Demokratie und Sozialstaat im neoliberalen Projekt der Bundesregierung spielen und wie diese miteinander verbunden sind. Julia Schotte vom AStA der Uni Gießen sagte dazu: „Die studentischen Proteste Ende des letzten Jahres haben gezeigt, daß Bildungs- und Sozialabbau zusammenhängen. Jetzt gilt es, mit anderen Gruppen herauszuarbeiten, wie Bildungs- und Sozialabbau zusammenhängen und welche gemeinsamen Positionen dem entgegengestellt werden können.“ Vom Kongreß erhoffen sich die VeranstalterInnen eines Signalwirkung, die zur Bildung von Sozialbündnissen in möglichst vielen Städten führt.

AStA FH Frankfurt/M, Kleiststr. 5, 2. OG Tel.: 069/15332248, Fax: 069/15332279

Eisenbahnerwohnungen sollen verkauft werden

FRANKFURT. Mieter helfen MieterInnen, sich in einer Erklärung vom 18.5. mit den Verkaufsabsichten der Bundesregierung für die bundesweit rund 140 000 Eisenbahner-Wohnungen, davon 6 900 in Frankfurt und Umgebung. Daß der Mieterverein die Privatisierung mit guten Gründen grundsätzlich ablehnt, muß hier nicht näher ausgeführt werden. Interessant sind die Hinweise zu den Verkaufskonditionen.

Das Bundesverkehrsministerium hatte verbreiten lassen, daß ausschließlich die bei der Bahn beschäftigten Mieter „Bestandsschutz“ erhalten würden, die anderen nicht. Die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) bestätigt dies und ergänzt, daß ein Schutz vor Kündigungen und Mieterhöhungen in jeden einzelnen Mietvertrag aufgenommen werden soll. Im Gegensatz zum Verkehrsministerium erwähnt die GdED, daß bei freiwerdenden Wohnungen, der Bahn AG und ihren Gesellschaften Belegungsrechte angeboten werden sollen. Falls diese Verlautbarungen zutreffen, würde es sich unter dem Gesichtspunkt des Mieterschutzes um eine vergleichsweise günstige „Lösung“ handeln.

Mieter helfen MieterInnen ist allerdings skeptisch und verweist darauf, daß es sich hier bis jetzt nur um „vorläufige“ Absprachen handelt. Völlig überrumpelt wären die Mieter, wenn jetzt verkauft würde und später – etwa nach der Bundestagswahl – mit dem Investor über den Mieterschutz nachverhandelt werden müßte. Sehr problematisch ist des Weiteren, daß kein wirksamer Schutz vor Eigenbedarfskündigungen vereinbart werden soll für Mieter, die nicht bei der Bahn arbeiten oder aber für Eisenbahner, die in Mehrfamilienhäusern wohnen, in denen mindestens die Hälfte der Wohnungen „fremdbelegt“ ist oder als Eigentumswohnungen verkauft wurden. Im letzteren Fall sollen zwar die Mieter, der Betriebsrat und die Bahn AG bei Verkauf der Wohnung „einbezogen“ werden. Näheres ist jedoch nicht geregelt. Es fällt nicht schwer, sich auszumalen, daß in diesen Häusern in vielen Fällen Entsolidarisierungsprozesse bis hin zum „Psychoterror“ zwangsläufig auftreten werden.

Völlig ungeklärt ist schließlich bis jetzt, welche Belegungsrechte die Bahn AG für ihre Mitarbeiter erhalten soll und – vor allem – wie sie diese gegebenenfalls gegenüber den Käufern und Investoren durchsetzen kann. ola

Rechter AStA an der Uni

HAMBURG. Nach langwieriger Prozedur hat die Uni Hamburg wieder einen AStA. Erstmals nach 1968 werden der RCDS und Pro Uni (Corps Irminsul – schlagend, bundesweit eher gemäßigt, in Hamburg deutlich am rechten Rand) die Studierendengeschicke mitbestimmen. In einer Koalition von sich links-spaßig gebenden Gruppen (St. Pauli), rechten „Realo“-Sozialdemokraten ... und FDP-Liberalen (LUST), unterstützt von eifriger Einzelkämpfern (Fachschaftsliste Informatik ...) wurde analog zur CDU-Wahlkampagne ein AStA gegen die Linke Koalition aus Jusos, Liste LINKS, Grüne Internationale Frauen (GIF) und JUKO geschmiedet. Bereits zehn Minuten nach der Wahl galt die erste Kampfansage des rechten AStA-Vorstandes den Teilautonomen Referaten (Frauen/Lesben, Schwule, AusländerInnen, Fachschaftsrätekonferenz), deren längst gewählte VertreterInnen er nicht bestätigen lassen wollte – eine Forderung von RCDS und Pro Uni. aus Lokalberichte Hamburg

VVN: Aufhebung aller NS-Unrechtsurteile und -gesetze!

HANNOVER. Nach jahrelangen kontroversen Beratungen hat jetzt der Rechtsausschuß des Bundestages dem Plenum empfohlen, die Aufhebung aller NS-Unrechtsurteile zu beschließen. Wir begrüßen diesen längst fälligen Schritt, aber wir fragen, warum sollen nur die NS-Gerichtsurteile und nicht auch die Gesetze selbst und die Entscheidungen der Verwaltungsbehörden aufgehoben werden? Denn gerade im Bereich der Euthanasie waren keine Gerichte, sondern Behörden am Werk, um NS-Unrecht zu praktizieren. Wir fordern deshalb die Aufhebung aller NS-Unrechtsurteile und -Verwaltungsvorschriften. Erst dann sind die Opfer voll rehabilitiert. Wir bedauern, daß die meisten Opfer mittlerweile verstorben sind, und finden es beschämend, daß mit der Aufhebung von NS-Unrecht kein Rechtsanspruch auf Entschädigung verbunden ist. Die noch lebenden Opfer müssen auch in Zukunft um ihre Entschädigung kämpfen. Die Aufhebung von NS-Unrechtsurteilen ist deshalb nur ein halber Schritt auf dem Wege zur Beseitigung der an den Opfern begangenen Verbrechen.

Alfred Hauser, VVN/BdA



kynstla initsiatif:ə dea mynna pe: de: əs

Eine Broschüre zur Bundestagswahl 1998, erhältlich über PDS Bayern, Schwanthalerstr. 139, 80339 München

Düsseldorfer Erklärung

I.

Am 21. Januar begann in Kölner Kirchengemeinden eine Protestaktion kurdischer Flüchtlinge gegen ihre angedrohte Abschiebung in die Türkei. Inzwischen nehmen 138 kurdische Frauen, Männer und Kinder an der Demonstration für ein Bleiberecht teil und werden darin von über 30 katholischen und evangelischen Kirchengemeinden, die ihnen Zuflucht bieten, und dem Kölner Netzwerk „Kein Mensch ist illegal“ unterstützt. Eine Forderung ihres Protestes bestand in einem öffentlichen Expertenhearing zur Menschenrechtssituation in der Türkei, da, wie auch die rheinische Landessynode 1998 erklärte, „Flüchtlinge aus kurdischen Gebieten offenkundig gefährdet und schutzbedürftig (sind)“. Dieses Hearing, das auf politischer Ebene nicht zustande kam, wurde deshalb unter kirchlicher Trägerschaft durchgeführt und von Superintendentinnen und Superintendenten aus 30 evangelischen Kirchenkreisen sowie von Flüchtlingsbeauftragten und Regionaldekanen des Bistums Aachen gefördert.

II.

Die kirchlichen Gruppen haben für die kurdischen Flüchtlinge Verantwortung übernommen, wie es in den Thesen der Kirchenleitung der Ev. Kirche Rheinland zum Kirchenasyl (Beschluß der Kirchenleitung vom Oktober 1994) beschrieben wird:

„1. Zu Auftrag, Recht und Pflicht der Gemeinde Jesu Christi gehört es, bedrohten Menschen beizustehen. Damit versucht sie, der Liebe Christi zu folgen, gleich welchen Geschlechts, welcher Rasse oder welcher Nationalität sie sind, und sie versucht so, dem anbrechenden Gottesrecht zu entsprechen.
2. Dieses Beistehen der christlichen Gemeinden geschieht grundlegend in dem Eintreten vor Gott und dem Menschen („intercessio“) in Form von Fürbitte, Fürsprache und Fürsorge. Damit entspricht die christliche Gemeinde ihrer Berufung an der Seite „des Elenden“ zu stehen, „der keinen Helfer hat“ (Psalm 72, 12) ...“

III.

Im Anschluß an das Hearing sind wir mehrheitlich zu der Überzeugung gelangt, daß Abschiebungen in die Türkei gegenwärtig ausgesetzt werden müssen, damit elementare Menschenrechte kurdischer Flüchtlinge nicht verletzt werden.

Wir erklären:

1. Zur Rückkehrgefährdung kurdischer Flüchtlinge:

Es besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit,

daß in die Türkei abgeschobene Flüchtlinge direkt am Flughafen inhaftiert, identitätsüberprüft, verhört, Repressalien ausgesetzt oder gefoltert werden. Diese politische Tortur droht auch Flüchtlingen, die politisch nicht in Erscheinung getreten sind, allein aus Gründen ethnischer bzw. religiöser Zugehörigkeit. So ist generell nicht auszuschließen, daß abgeschobene Flüchtlinge der Gefahr ausgesetzt sind, Folter, unmenschlicher Behandlung oder erniedrigender Strafe unterworfen zu werden, was einen Verstoß gegen Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention darstellt. Wieviel mehr besteht diese Gefahr für jene kurdischen Flüchtlinge, die sich im Protest des Wanderingkirchenasyls exponiert haben und die ins Licht der Öffentlichkeit getreten sind.

2. Zur sogenannten inländischen Fluchtautomatic:

Für die kurdischen Flüchtlinge besteht keine realistische inländische Fluchtautomatic in der Westtürkei. Verschiedene Türkeisachverständige schätzen die Perspektive und Überlebensmöglichkeiten der Flüchtlinge als lebensbedrohlich ein: Razzien, rassistische Übergriffe, Verfolgung und Diskriminierung setzen sich hier gepaart mit sozialer Entrechtung und Ausgrenzung, Arbeits- und Perspektivlosigkeit, Mangelernährung und Armutskrankheiten in den „Gecekondus“ (über Nacht gebaute Slumsiedlungen) fort. Es ist nach den vorgetragenen Berichten ganz offensichtlich, daß die politischen und sozialen Menschenrechte kurdischer Flüchtlinge auch in der Westtürkei systematisch verletzt werden. Wenn kurdische Flüchtlinge nicht bereit sind, ihre ethnische Identität aufzugeben, dann bedeutet eine Abschiebung unweigerlich, daß sie politischer und sozialer Diskriminierung ausgesetzt bzw. der Verelendung preisgegeben werden.

IV.

Menschenrechtliche Konsequenzen und politischer Appell:

Als Ergebnis des Hearings halten wir fest, daß Abschiebungen in die Türkei nicht mit unserer an den Menschenrechten und der Würde des Menschen orientierten Verfassung vereinbar sind. Nur wenn Menschenrechtsverletzungen – wie oben beschrieben – leichtfertig hingenommen werden, können Abschiebungen in die Türkei überhaupt gerechtfertigt werden.



Foto: arbeiterfotografie

Die Flüchtlinge aus der Türkei, die sich der drohenden Abschiebung im Wanderingkirchenasyl wiedersetzen, wissen um die Gefahr, die ihnen in der Türkei droht. Wir haben als Kirchen und Unterstützergruppen für diese Menschen Mitverantwortung übernommen und suchen den Dialog mit allen Entscheidungsträgern, um eine Lösung zu finden, die sie vor Abschiebung schützt, zumal inzwischen von einer besonderen Gefährdung aller am Protest Beteiligten in der Türkei ausgegangen werden muß.

Wir unterstützen die kurdischen Flüchtlinge in ihrem begründeten Protest und appellieren an die politisch Verantwortlichen:

1. niemanden in die Türkei abzuschieben, bis die Einhaltung elementarer Menschenrechte sichergestellt ist;
2. Für einen bundesweiteren Abschiebeschutz (Abschiebestopp) kurdischer Flüchtlinge aus der Türkei einzutreten und ihnen einen Status als „Gruppenverfolgte“ zuzuerkennen,
3. auf die Einhaltung des Rüstungsexportverbots in das Krisengebiet Türkei nachdrücklich zu stehen,
4. sich bei der türkischen Regierung für eine Delegationsreise zur Menschenrechtsbeobachtung in die Türkei einzusetzen.
5. Wir fordern die nordrhein-westfälische Landesregierung nachdrücklich auf, in Gespräche mit uns zu treten, damit nun gemeinsam eine humane und asylrechtliche Perspektive für die Flüchtlinge im Wanderingkirchenasyl gesucht und erarbeitet werden kann.

Düsseldorf, den 7. Juni 1998

Für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Hearings:

Pfarrer Klaus Eberl, Superintendent des Kirchenkreises Jülich

Pfarrer Gerhard Gericke, Superintendent des Kirchenkreises Düsseldorf-Ost

Pfarrer Eckhard Schubert, Superintendent des Kirchenkreises Köln-Mitte

Zehntausende fordern Änderung des Koalitionsvertrages

Wut und Protest gegen rot-grüne Bildungspolitik

HAMBURG. Der von einem breiten Bündnis für Bildung getragene Aktionstag am 28. Mai wurde zu einem spannenden und bedeutsamen Ereignis. Zwischen 60 000 und 80 000 Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen, Lehrer und Eltern protestierten in zahlreichen kleinen und großen Demonstrationen in der ganzen Stadt und mit einer abschließenden Kundgebung auf der Moorweide. Obwohl die Studierenden den 28.5. leider nicht genutzt haben, setzte die in der Hamburger Geschichte größte Protestaktion im Bildungsbereich ein unübersehbares Zeichen. Die Bildungspolitik des rot-grünen Senats hat die mit dieser Koalition verbundenen Hoffnungen bitter enttäuscht, doch augenscheinlich den Willen der Betroffenen verstärkt, ihre Interessen geltend zu machen und durch Kritik und Widerstand eine Änderung der herrschenden Politik zu erzwingen.

Wir dokumentieren die Rede der Hamburger GEW-Vorsitzenden Anna Ammon auf der Schlußkundgebung.

Vorgestern vermeldete die Schulsenatorin, daß sie auf die Einsparung von ca. 120 Lehrerstellen verzichten will. Wir haben das als eindeutigen Erfolg unserer Proteste bewertet. Bevor wir überhaupt erst richtig losgelegt haben, mußte die Koalition ihren Plan ändern. Das ist ein An-

fangserfolg, den wir – und nur wir, sage ich bei aller Bescheidenheit – auf unserem Konto verbuchen dürfen. Aber mehr ist es auch nicht. Denn:

Erstens soll es weiterhin keinen einzigen zusätzlichen Lehrer und keine einzige zusätzliche Lehrerin für 13 500 zusätzliche Schüler geben. Es wird lediglich auf die Streichung von Stellen verzichtet. Statt dessen wird aber bei den Lehrmitteln und der Schulausstattung gespart, d.h. es wird keine einzige Mark mehr in die Bildung gesteckt. Das aber wollen wir erreichen.

Investiert in Bildung, fordern wir, und nicht: Stopft das eine Loch mit dem anderen.

Zweitens sind 120 Stellen nicht viel mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Deshalb unsere Bewertung. Ein Anfangserfolg, der uns ermutigt, den Druck zu verschärfen. Aber längst nicht genug.

Doch was wir heute hier auf die Beine gestellt haben, müßte die Hamburger Regierung veranlassen, unserer Forderung nachzukommen, den Koalitionsvertrag zugunsten der Bildung zu verändern. Wir, das Bündnis aus Schülern, Eltern, Lehrern und Arbeitnehmerorganisationen, vertreten und artikulieren damit den Mehrheitswillen in Hamburg.

Doch dort drüben im Rathaus sitzen



zwei Regierungsparteien mit einem Bürgermeister und einer Schulsenatorin, die meinen zu wissen, was für uns richtig ist; die uns erzählen, daß nur durch harte Schnitte im Bildungs- und Sozialbereich die Zukunft zu sichern sei; die aller Welt – und vor allem der Handelskammer – eine Leistungsverbesserung der Hamburger Schulen versprechen und ihnen gleichzeitig dafür die Mittel entziehen.

Liebe GAL und SPD, nehmt endlich zur Kenntnis: Das akzeptieren wir nicht. Nehmt zur Kenntnis, daß Eure Politik sich vom Bildungswillen breiter Bevölkerungsteile isoliert, und ändert das.

**Unterschriftensammlung für
Bürgerbegehren weiter unterstützen!**

Rat beschließt Allbau-Verkauf

ESSEN. Mit nur einer Stimme Mehrheit hat der Rat der Stadt Essen in seiner letzten Sitzung am 27.5.1998 in geheimer Abstimmung mit den Stimmen der SPD-Mehrheitsfraktion den Verkauf der Allbau AG beschlossen. Ein Mitglied der SPD-Fraktion fehlte, ein Mitglied stimmte dagegen. Bündnis 90/Die Grünen stimmte geschlossen gegen den Verkauf, die CDU war für den ursprünglichen Plan einer Privatisierung des Allbau durch Verkauf an eine private Wohnungsbauunternehmen und damit für die völlige Abschaffung des kommunalen Wohnungsbaus zugunsten privater Miethäuse.

Während die SPD-Spitze beruhigt und beteuert, daß der Allbau bei einem Verkauf an Stadtwerke und Sparkasse ja in kommunaler Hand bleibe, läßt der Wortlaut des Beschlusses vieles offen. Dazu gehört die wichtige Frage, wie hoch die zu verkaufenden Anteile sein sollen.

Ebenso offen bleibt, wie die Beteuerung umgesetzt werden soll, daß die „Rechte und der Schutz der Mieter“ gewahrt werden sollen. In keiner Weise festgehalten ist schließlich eine zentrale Aussage von SPD-OB-Kandidat Samland beim SPD-Unterbezirksparteitag: Daß die Allbau AG bei einer Privatisierung der Stadtwerke wieder aus den Stadtwerken ausgegliedert werden soll. Ganz so ernst war es wohl nicht gemeint. RWE-Chef Kuhnt, der ebenso wie die Ruhrgas AG an der Übernahme von Anteilen der Stadtwerke interessiert ist, erklärte ausdrücklich, daß er auch an einer Beteiligung am Allbau interessiert ist.

Doch nicht nur in den Punkten, die offen sind, liegen die Gefahren des Beschlusses. In jedem Fall verringert ein Verkauf des Allbau an städtische Eigenbetriebe den direkten Einfluß der kommunalen Politik auf das Geschäftsverhalten.

Der Allbau wird z.B. bei der Sparkasse nur eine Beteiligung unter anderen sein, der vom Rat besetzte Aufsichtsrat ist nicht weisungsgebunden. Gleichzeitig wird die Notwendigkeit, den Kaufpreis wieder einzuspielen, vermutlich schon

bald zu Mietsteigerungen und zur Einschränkung der Leistungen führen. Die Stadt Dortmund hat in den letzten Jahren vorexerziert, wie ein solcher stadtinterner Verkauf dazu führt, daß der Wohnungsbestand verrottet.

In einem Brief an alle Mieter/innen des Allbau schießt der SPD-Unterbezirk den Vogel ab. Ohne jeden Beschuß des Allbau-Vorstandes oder -Aufsichtsrates teilen OB-Kandidat Samland, SPD-Vorsitzende Elke Esser und SPD-Fraktionsvorsitzender Nowack mit, daß die Allbau AG „Mieter, die ihre Wohnung kaufen wollen, entsprechende Angebote unterbreiten“ wird. Wie paßt das zusammen mit der Beteuerung, daß sich nichts ändern wird? Und wenn sich nichts ändern wird, warum will die SPD dann selbst einen Mieterbeirat einrichten?

Das Bürgerbegehren gegen einen Verkauf der Allbau AG ist also keineswegs erledigt. Politischen Druck haben die 30 792 Unterschriften, die nach Angaben der Mieter/innen-Initiative bisher gesammelt wurden, ohne Zweifel bereits ausgeübt. Jetzt kommt es darauf an, diesen unter den neuen Bedingungen des Ratsbeschlusses weiter zu entfalten. wof

Nehmt zur Kenntnis, daß wir Euer Ziel nicht mittragen, den Hamburger Haushalt auf Kosten von bildungs- und sozialpolitischen Errungenschaften zu sanieren.

Rot-Grün hat ein weiteres Ziel: Sie wollen eine andere Regierung in Bonn. Dafür wollen sie uns – die WählerInnen – gewinnen.

SPD und Grüne, nehmt auch dieses zur Kenntnis: Eine andere Regierung in Bonn interessiert uns nur dann, wenn sie eine gerechtere Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik herbeiführt. Dieses ist aber bisher nicht erkennbar. Die Grundlagen dafür müssen auch in den Bundesländern, auch hier in Hamburg, geschaffen werden.

Der Einstieg der GAL in die Regierungsbeteiligung war von großen Hoffnungen begleitet. Ihr erster Streich war die Streichung von 1200 Lehrerstellen. Das hat Enttäuschung und Lähmung erzeugt, aber gottseidank nicht nur das, sondern auch Wut und Protest.

Welchen Hund will die rot-grüne Landesregierung drei Monate vor den Wahlen für den Wechseln in Bonn hinterm Ofen hervorlocken, wenn sie tatsächlich beschließen sollte, durch Arbeitszeitverlängerung den Altersdurchschnitt der Hamburger Lehrer noch weiter in die Höhe zu treiben und durch andere massive Kürzungen den Schulen immer mehr das Wasser abzugraben?

Bildung ist Zukunftsinvestition. Aber sie ist noch mehr. Sie ist der Grundpfeiler für eine demokratische Gesellschaft, und sie ist Menschenrecht. Sie hat ihre Berechtigung auch dann, wenn sie sich nicht ökonomisch auszahlt. Denn jeder



In drei großen und unzähligen kleinen Demonstrationszügen kamen die Demonstrierenden zur Moorweide. Die war so voll, daß sich Tausende bis vor den Dammtor-Bahnhof drängten.

hat das Recht auf umfassende Entfaltung seiner Fähigkeiten und den Erwerb eines Wissens, das ihm zur kritischen Urteilsfähigkeit verhilft und zur Benutzung seines eigenen Verstandes ohne Anleitung und Manipulation durch andere. Auch, damit den Rattenfängern und Neonazis der Boden entzogen wird.

Wir wollen eine Gesellschaft, die auf Toleranz, Solidarität und Gleichberechtigung baut. Wir fordern eine Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik, die für die Menschen da ist, für ihre grundlegenden Interessen an Arbeit, Bildung, Kultur und sozialem Ausgleich.

Wir fordern das Ende von Verhältnissen, in denen Aktionspekulanten belohnt

werden, Millionäre steuerfrei ausgehen und die öffentlichen Haushalte ausbluten.

SPD und GAL, nehmt das hier ernst. Wir brauchen weder Betroffenheitsrituale der GAL noch bräsigie Selbstzufriedenheit der SPD, die auf ihre Kurzatmigkeit und Resignation setzt.

Was wir wollen, ist eine andere Politik.

Signale für den Wechsel müssen auch in Hamburg gesetzt werden. Wer gegen den Willen der Mehrheit regiert, wird die Quittung bekommen. Deshalb sind SPD und Grüne gut beraten, wenn sie unserer berechtigten Forderung nachgeben:

Investiert in Bildung. Ändert den Koalitionsvertrag.



ren bekannte schwarzafrikanische Flüchtlinge in fälschungssicherer Form ausgegeben. Jeder der Flüchtlinge bekam ausführlich erklärt, daß er trotz des Symbolpasses weiter in Drogenkontrollen geraten kann. Allerdings erwartet der AK Asyl von der Stuttgarter Polizei, daß sie das längst überfällige Bemühen anerkennt, der pauschalen Vorverurteilung sämtlicher Schwarzen als potentielle Drogendealer zumindest auf zeichenhafte Weise entgegenzutreten. Die immer wieder stolz propagierte Stuttgarter Polizeilinie der „Deeskalation“ verlangt nach Ansicht des AK Asyl, bei einem Flüchtling, der sich als Mitglied des AK Asyl und als Besitzer des symbolischen Anti-Drogen-Passes ausgibt, einen Gang zurückzuschalten und weniger angstgeleitet und knochenhart die Kontrollen durchzuführen. AK-Asyl-Sprecher Werner Baumgarten: „Auch im Umgang mit zu kontrollierenden verdächtigen Schwarzafrikanern gilt die Regel: Der Ton macht die Musik bzw. wie man in den Wald hineinruft, schallt es zurück!“ Innerhalb der Flüchtlingsszene wird jedenfalls seit Wochen mit Befriedigung die Aktion des AK Asyl aufgenommen

Flugblattaktion AK Asyl

„Pro Asyl – Contra Drogen“

STUTTGART. Nicht zuletzt die positiven Erfahrungen der vier Samstage, an denen der AK Asyl jeweils zwei Stunden lang auf der Königstraße mehr als 5 000 Flugblätter verteilt, möchte der AK Asyl in die Diskussion mit Polizeirat Haider, dem Vertreter der Stuttgarter Polizei, beim AK-Asyl-Monatsplenum am Mittwoch, 10. Juni, einbringen.

Die bei der Flugblattaktion mitwirkenden ausländischen Flüchtlinge erlebten mit Genugtuung die überwiegende Freundlichkeit der Passanten, die nicht nur bereitwillig ein Flugblatt in Empfang nahmen, sondern – von wenigen Ausnahmen abgesehen – auch verständnisvoll auf das Anliegen reagierten, zwischen sich gesetzeskonform verhaltenden und in die Drogenszene verstrickten Flüchtlingen fair zu unterscheiden.

Der von der Polizei angefeindete symbolische „Anti-Drogen-Paß“ wurde bislang nur an fünf dem AK Asyl seit Jah-

Weiterhin „ARGE BIEKO“? Oder: Die „Wessis“ in Sachsen

Als „ARGE BIEKO“ galt in Sachsen nach der „Wende“ von 1989 lange Zeit die von CDU-Regierungschef Biedenkopf in die Landesregierung geholten West-Beamten, die praktisch sämtliche Verwaltungsspitzen besetzten und von denen mehrere in der ersten Zeit nach ihrer Ankunft sogar die Wohnung mit der Familie Biedenkopf im alten Dresdner „Reichenviertel“ am Elbufer geteilt haben sollen. Daran hat sich anscheinend bis heute wenig geändert, wie jetzt eine kleine Anfrage des PDS-Landtagsabgeordneten Heiko Hilker ans Licht brachte. Hier seine Mitteilung über die Ergebnisse seiner Anfrage:

Die sächsische Staatsregierung teilte heute in der Antwort auf die kleine Anfrage (Drucksache 2/8636) von MdL Heiko Hilker mit, daß in den Obersten Landesbehörden nur 455 von 899 Referenten (50,6 Prozent), 122 von 330 Referatsleitern (37 Prozent), 18 von 61 Abteilungsleitern (29,5 Prozent) und 4 von 11 Staatssekretären (36,4 Prozent) aus den neuen Bundesländern kommen.

Zu diesen Zahlen erklärte MdL Heiko Hilker, Zukunftspolitischer Sprecher der PDS-Landtagsfraktion in Sachsen:

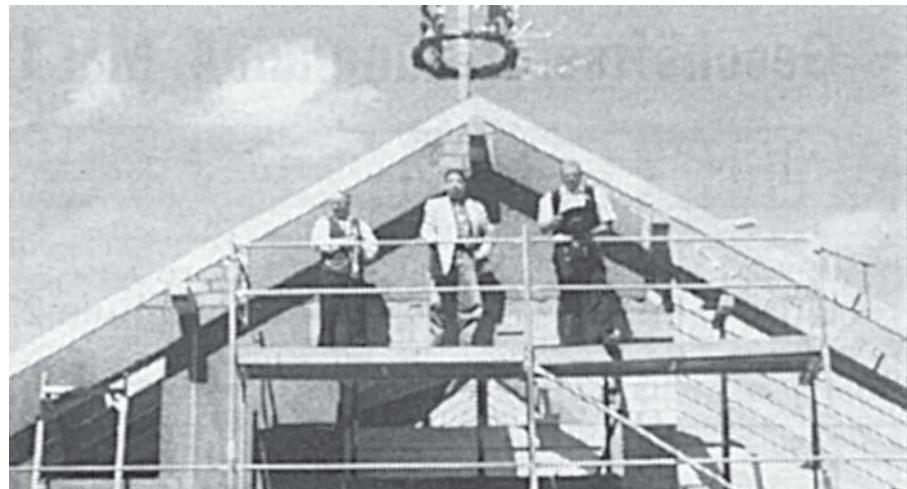
„Immer wieder verweist der sächsische Ministerpräsident auf den Mut, die Kreativität, die Arbeitsbereitschaft und die Belastbarkeit der Menschen aus den neuen Ländern. Doch in seiner Regierung ist nur die Mehrzahl der reinen Arbeitsposten wie Sachbearbeiterin und Sekretärin durch Menschen aus den neuen Bundesländern besetzt.“

Je höher die Position, je größer die Möglichkeit persönlicher Präsentation und Repräsentation, je weitgehender die politischen Entscheidungsspielräume – um so geringer der Mut des sächsischen Regierungschefs, ostdeutschen Menschen Verantwortung zu übertragen.

Wenn auf den politischen Leitungsebenen in der Staatsregierung praktisch nur ein Drittel der Mitarbeiter aus dem Osten kommt, erscheint die Lobpreisung der ohne Zweifel immensen Leistungen der Sachsen durch den Ministerpräsidenten in fahlem Licht.

So wird offenbar, daß es noch ein weiter Weg bis zur inneren Einheit ist. Diese ist erst dann vollzogen, wenn in den alten Bundesländern auch so viele Menschen aus den neuen Bundesländern an entscheidender Stelle in Verantwortung stehen, wie es umgekehrt in den neuen Bundesländern der Fall ist.“

Dresden, den 27.5.1998



**Eröffnung für „neues“ Hotel „Am Wald“ am 1. Juli geplant.
Früher war es ein Rote-Hilfe-Kinder-Erholungsheim.**

Ein Richtfest in Elgersburg

Ein zünftiges Richtfest krönte am Freitag, den 8. Mai, den Abschluß des ersten Bauabschnitts für eine umfassende Rekonstruktion und Erweiterung des Hotels „Am Wald“ in Elgersburg/Thüringen (Bild). Die Bauarbeiten in einem Umfang von 5,5 Millionen Mark waren notwendig geworden, um den teilweise ehrwürdigen Bau auf einen modernen Standard zu bringen, damit das Hotel auch künftig eine begehrte Adresse für Erholungssuchende im Thüringer Wald bleibt.

Das Hotel „Am Wald“ ist aus dem legendären MOPR-Kinder-Erholungsheim der Internationalen Roten Hilfe hervorgegangen, das hier im April 1925 eröffnet wurde. Die dafür genutzte alte Villa mit ihrem charakteristischen Türmchen bildet auch jetzt noch den baulichen Kern des mehrfach erweiterten Hotels.

Berlins CDU-Innensenator als Ausländerhetzer. PDS: „Schönbohm will Unterwerfung statt Integration“

Ähnlich wie die CSU betätigt sich nun auch Berlins CDU-Innensenator Schönbohm als Ausländerhetzer. Wohlwissend, daß in Berlin ähnlich wie in vielen anderen Ländern Sprachkurse für Ausländer praktisch nur noch angeboten werden, wenn diese „deutsches Blut“ nachweisen, sprich: als „Auslandsdeutsche“ einwandern, forderte er, künftig schon die Aufenthaltsgenehmigungen für Ausländer nur noch bei Nachweis einer deutschen Sprachkenntnis zu erteilen. Die innenpolitische Sprecherin der PDS im Berliner Abgeordnetenhaus, Marion Seelig, wies diese Forderung scharf zurück.

„Innensenator Schönbohm scheint sich in der Rolle des starken Mannes zu gefallen. Seine Forderung nach schärferen Kontrollen vor der Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen für Ausländer

Geschichtliches

Das MOPR-Heim im thüringischen Elgersburg wurde am 12. April 1925 als Erholungsheim für Kinder politisch Verfolgter, Gefangener und Ermordeter eröffnet. Die vier Buchstaben MOPR stehen dabei für das russische „Meshdunarodnaja organisazija pomostchii borzam revoluzii“ – Internationale Organisation zur Unterstützung der Kämpfer der Revolution, in Deutschland unter dem Namen „Internationale Rote Hilfe“ bekannt. Schon die Krankheiten und Mangelercheinungen wie Unterernährung, TBC, Wucherungen, Skrofulose der Kinder in den ersten Durchgängen zeigten, wie notwendig solch ein Heim war. Aufbau und Ausstattung erfuhren demnach auch zahllose Solidarität sowohl von Arbeitern aus der nahen Umgebung und aus

bedient die dumpfe Gesinnung jener, die in Ausländern Feinde sehen. Vor dem Hintergrund, daß nach jüngsten Umfragen ein Drittel der Jungwähler zur Wahl rechtsradikaler Parteien tendieren, sind solche Aussagen verantwortungslos.

Abgesehen davon, daß der Sprachtest, von dem Schönbohm die Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung abhängig machen will, viele von denen in arge Schwierigkeiten bringen würde, die ihm für seine Parolen Beifall klatschen, zeigt der neue Vorstoß des Innensenators, daß es ihm nicht um Integration von ausländischen Mitbürgern geht, sondern um Anpassung und Unterwerfung.

Zehntausende Berlinerinnen und Berliner haben beim „Karneval der Kulturen“ ein Zeichen für eine multikulturelle Gesellschaft gesetzt. Sie empfinden andere Kulturen als Bereicherung, nicht als Bedrohung. Von diesem aufgeklärten Standpunkt sollte sich der selbsternannte Sachwalter „deutscher Gewohnheiten“ eine Scheibe abschneiden.“

ganz Deutschland als auch von bürgerlichen Humanisten aus dem In- und Ausland.

Großen Zuspruch fand die Idee des Heims im Sommer 1926 durch die Gründung eines „Kuratoriums für die Kinderheime der Roten Hilfe“. Persönlichkeiten wie Einstein, Kisch, Thomas Mann, H. Mann, Tucholsky und Zille unterstützten damit diese Form der „Kinderfürsorgearbeit“ für Kinder aus Deutschland, aber auch aus Bulgarien oder Österreich.

Waren Entstehung und Aufbau des MOPR-Heims durch Regierungen verhindert und verzögert worden, bedeutete 1929 ein Verbot durch die Thüringer Landesregierung ein vorläufiges Ende des „MOPR-Heims“ als Kindererholungsstätte der Roten Hilfe. Danach nutzte die KPD das Heim bis 1931 für Schulungs- und Erholungszwecke. Ab 1931 konnte das Heim wieder seinem ursprünglichen Zweck, Kindern Erholung zu bieten, gerecht werden.

1933 wurde das Heim schließlich von den Nazis kassiert, zuerst als Jugendherberge, später als Offiziersheim mißbraucht.

Nach dem zweiten Weltkrieg nutzte die Volkssolidarität das „MOPR-Heim“ zur Betreuung von Kindern der Opfer und Verfolgten des Naziregimes. Ab 1949 nutzte die SED-Landesleitung Thüringen das Objekt als Kinder- und Erholungsheim. Von 1955 bis 1989 diente das Haus als SED-Erholungsheim. 1990 übernahm die Treuhand – wie alle Immobilien der SED – das Objekt in ihre Verwaltung. Das Heim wurde als „Hotel Am Wald“ weiterhin öffentlich genutzt.

1995 schließlich konnte das ehrwürdige MOPR-Heim als eines von 4 Objekten von der Treuhand durch die PDS in Besitz genommen werden.

Neuerungen, Innenausbau

Seitdem marktwirtschaftlich genutzt, wurde ein Erweiterungsbau für die Vergrößerung des Bettenangebotes und die Modernisierung der Elektro-, Wasser-/Abwasser-Systeme, der Küchen- und Sanitärbereiche wie auch eine erneute Wärmedämmung dringend nötig. Im neuen Anbau sind 22 moderne Hotelzimmer untergebracht, darunter zwei behindertengerecht ausgestattete. Die 18 Zimmer im Altbau wurden ebenfalls einer umfassenden Rekonstruktion unterzogen ...

Zu den wesentlichen Änderungen neben dem Erweiterungsbau zählen die neuen Tagungs- und Seminarräume im Erdgeschoß, die Einrichtung eines Wintergartens auf der Südseite des Altbaus und eines Gesellschaftsraumes mit Bibliothek direkt unter dem Türmchen der Villa. ...

Gerd Dolge

Anfragen an: Hotel „Am Wald“, Schmücker Str. 20, 98716 Elgersburg/Thüringen, Tel. (03677) 792236 / 7905610 / 790511, Fax (03677) 792217

ROT-GRÜNE REPRESION: Hamburg

In dem von GAL-Stadtentwicklungsseminator Wilfried Maier vorgelegten „Handlungskonzept am Hauptbahnhof“ wird die Repressionspolitik gegen Obdachlose, Drogensüchtige und Bettler, die 1996 in dem berüchtigten „Bettlerpapier“ der Innenbehörde entworfen wurde, bruchlos fortgesetzt. Die Zahl der „Platzverweise“, die die Polizei gegen mißliebige Personen im Hauptbahnhofsumfeld aussprach, stieg von 69 296 (1996) auf 81 714 (1997), und in den ersten beiden Monaten 1998 bereits auf 12 548. Ähnlich entwickelten sich die Zahlen bei der „Ingewahrsamnahme“ und den Aufenthaltsverboten für Dealer. Im Maier-Papier heißt es dazu: „Trotz dieser Maßnahmen ... konnte die Drogenszene in St. Georg weder bereinigt noch unsichtbar gemacht werden, obwohl die Polizei ihren Einsatz ständig gesteigert hat.“

SPD GEGEN OBDACHLOSENTREFFPUNKT: Pinneberg

Nachdem Karstadt sich aus der Pinneberger Innenstadt zurückzieht, geraten jetzt die Obdachlosen ins Visier der enttäuschten Geschäftsleute. Das sogenannte „Cafe Linde“, eine Sitzgruppe rund um eine Linde, die hauptsächlich von Obdachlosen genutzt wird, soll abgebaut werden. Nachdem Kaufleute und Passanten sich „belästigt“ fühlten, greift der Vorsitzende des städtischen Sozialausschusses, Gerd Blum (SPD) jetzt an. Der Versuch, die Obdachlosen mit Entfernung von Büschen und eines Teils der Sitzgelegenheiten zu vertreiben, ist bisher gescheitert. SPD-Sinnen fordert jetzt eine „ordnungsrechtliche Lösung“, d. h. Polizei.

SOZIALAMTS-VERLEGUNG: Weinheim

Die Rückdelegierung des Sozialamts der Stadt an den Rhein-Neckar-Kreis führt für die Hilfsbedürftigen zu zahlreichen Härten: So müssen Leistungen, die von der Stadt bereits bewilligt waren, beim Kreis neu beantragt werden. Vielen Menschen wurde einfach die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt und Zahlungen für die Strom- und Gasversorgung eingestellt. Ohne Rücksicht darauf, daß die Daten für die Bewilligung im städtischen Sozialamt vorlagen, werden Hilfesuchende gezwungen, einen Wust von Anträgen auszufüllen, eine Aufgabe, mit der viele ohne soziale Betreuung überfordert sind. Die Mitarbeiter des Amtes stehen in dem Ruf, weniger hilfsbereit zu sein und einen z.T. rüden Umgangston zu pflegen. Es laufen bereits einige Dienstaufsichtsbeschwerden.

NUR HALBE GEHÄLTER GEZAHLT: Klingenthal

Als erste sächsische Kommune war die Stadt im Vogtlandkreis im Mai nicht mehr in der Lage, die Gehälter ihrer rund 80 Angestellten im vollen

Umfange zu zahlen. Bürgermeister Kunzmann erklärte, durch sinkende Einnahmen aus der Gewerbe und der anteilmäßigen Einkommensteuer seien Verluste von 3 Mio. DM pro Jahr aufgegangen, die auch durch Konsolidierungsmaßnahmen von 1,5 Mio. pro Jahr nicht aufgefangen werden könnten. Eine Überziehung des Kreditrahmens, wie es andere Kommunen praktizierten, sei gesetzwidrig. Mit ihrem Schritt wolle die Stadt ein Zeichen setzen, „daß es so nicht mehr weiter gehen kann,“ und fordert finanzielle Hilfe vom Land.

GEMEINDEFINANZIERUNGSGESETZ: Münster

204 Kommunen klagen vor dem NRW-Verfassungsgerichtshof gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz. Sie verlangen mehr Geld zur Erfüllung ihrer Aufgaben. Nach ihrer Ansicht unterschätzt das Land ihren Finanzbedarf und verletzt so das Recht auf kommunale Selbstverwaltung. Den Kommunen in NRW werden jährlich etwa 14 Mrd. DM zugeteilt. Ein Sprecher der Landesregierung versicherte, wegen des schrumpfenden Landeshauptsatzes seien höher Zuteilungen nicht möglich.

WOHNGELD OST VERLÄNGERT: Bonn

Das Bundeskabinett hat beschlossen, die Wohngeld-Sonderregelung für die neuen Bundesländer um zwei Jahre zu verlängern. Ziel sei „eine wirksame soziale Flankierung der Überführung des Wohnungswesens in den neuen Ländern in marktwirtschaftliche Verhältnisse.“ Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW) stellte dagegen fest, daß sich die Wohngeldmieten in Ost und West in den vergangenen Jahren gleichermaßen sozial problematisch und konfliktträchtig entwickelt hätten. Der Einkommensanteil, der für die Miete gezahlt werden müßte, sei in beiden Landesteilen deutlich gestiegen, während der Anteil der Wohngeldbezieher deutlich zurückgegangen sei. Die Wissenschaftler vermissen staatliche Rahmenbedingungen, die soziale Fehlentwicklungen, zum Beispiel als Folge der Abschaffung der Mietpreisbindung in Ostdeutschland seit 1. Januar 1998, korrigieren können.

GRUNDSTEUERREFORM: Düsseldorf

Die Länderfinanzminister beraten über eine Reform der Grundsteuer, die von der Bemessung nach den Einheitswerten (im Westen von 1964, im Osten von 1935) weg zu einer realitätsnäheren Bewertungsgrundlage führen soll. Stattdessen sollen die Bodenrichtwerte, die von den Kommunen laufend festgestellt werden, mit pauschalierten Gebäudewerten kombiniert werden. Diese Bemessungsgrundlage soll von den Kommunen mit sogenannten Grundsteuerzahlen modifiziert werden können.

Zusammenstellung: ulj

EINZELHANDEL

NRW. Seit 1. April

1998 sind die Tarife für Löhne und Gehälter der Beschäftigten im Einzelhandel NRW ausgelaufen. Die Gewerkschaft HBV fordert 0,99 DM pro Stunde mehr für alle. Die Einzelhandelskapitalisten boten zunächst gar nichts an. Kurz vor Pfingsten wurden sie dann inspiriert. Sie wollen den Vorreiter für die Absenkung der Einkommen der Lohnabhängigen machen. Bodenlos ist ihr Vorschlag: Niedrigere Eingangsgehälter für Arbeiter und Angestellte. Dadurch sollen Bruttoendgehälter von 2245 DM entstehen, rund 1 000 DM weniger als jetzt im Endgehalt der Gehaltsgruppe I (Verkäuferinnen). Gnädig bieten die Einzelhändler außerdem 0,24 DM Lohn- und Gehaltserhöhung nach zwei Nullmonaten an, für die Auszubildenden nichts. Die Große Tarifkommission der HBV hat mit der Vorbereitung von Streikaktionen auf diese Provokation reagiert. Sie hat am 27. Mai beim Hauptvorstand die Genehmigung für Urabstimmungen und Streikaktionen beantragt. *anl*

TARIFFFLUCHT: Im November letzten Jahres wurde der Produktservice von Siemens-Nixdorf ausgelagert und fünf SINITEC-GmbHs gegründet. Ziel dieser Maßnahme war Tarifflucht und Durchsetzung der 40-Stunden-Woche bei unverändertem Gehalt. Durch aktiven Widerstand der Beschäftigten wurde eine Übergangsregelung bis 30.4.98 erreicht bei gleichzeitigen neuen Tarifverhandlungen. Letztes Angebot der Arbeitgeber war eine 39,5-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich, die 1,5 Stunden für Fortbildung der Beschäftigten beinhaltet.

Daraufhin rief die Gewerkschaft IG Metall in Frankfurt zu einem ganztägigen Warnstreik am 27.5.98 bei SINITEC in der Rödelheimer Landstraße auf. Gewerkschaft und Beschäftigte wollen mit diesen Aktionen, die auch in anderen Städten stattfinden (u.a. Hamburg, München und Berlin), die Geschäftsleitung zur Rückkehr zu kürzerer Arbeitszeit und zum Flächentarifvertrag zwingen. Sie sind nur zu einer befristeten Arbeitszeitverlängerung in der Anlaufphase bereit und fordern einen individuellen Qualifizierungsanspruch.

TARIFABSCHLUSS BEI DER BEWAG Mit seinem Einstand als Arbeitgebervertreter bei den diesjährigen Tarifverhandlungen bei der im vergangenen Jahr mehrheitlich verkauften und somit privatisierten Bewag (Berliner Elektrizitätswerke) provozierte der ehemalige ÖTV-Chef Berlins zugleich ein „historisches“ Ende: Erstmals wurde in der deutschen Energiewirtschaft nach dem Ende des Zweiten Weltkrieg ein Warnstreik durchgeführt. Grund war das magere Angebot, das das jetzige Vorstandsmitglied für Personalangelegenheiten unterbreitet hatte: 1,1% zusammen mit einer Einmalzahlung von 1 000 DM und der Übernahme der Pauschalversteuerung der Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung bei einer Laufzeit von 14 Monaten. Gefordert wurde von den Gewerkschaften ÖTV und DAG eine Einkommenserhöhung von 5,5%. Ein Kompromißangebot der Gewerkschaften, das sich am Abschluß der Hamburger Elektrizitätswerken in Höhe von ca. 3,7% orientierte, wurde abgelehnt.

Ende Mai erklärten beide Gewerkschaften die Verhandlungen für gescheitert und riefen zum Warnstreik am Dienstag nach Pfingsten auf. Obwohl geplantermaßen nur die Beschäftigten der Verwaltung die Arbeit niederlegten, hatte dieser erste Warnstreik bereits Erfolg. Das folgende Angebot von 1,5 % ab Juni, Einmalzahlungen von 1 000 bis 1 450 DM für die Monate April und Mai (Auszubildende bekommen als Einmalzahlung 300 DM), und Übernahme der Pauschalversteuerung ab 1.1.1999 – in der Summe zwischen 2,8 und 3,5% mehr – wurde bei einer Laufzeit von 12 Monaten von den Tarifkommissionen angenommen.

TARIF GROSS- UND AUSSENHANDEL BERLIN. Die rund 15 000 Beschäftigten im Berliner Groß- und Außenhandel erhalten ab 1. Juni ein um 2,5% erhöhtes Arbeitseinkommen. Die Auszubildenden erhalten dagegen erst ab 1. September höhere Ausbildungsvergütungen und zwar 14 DM im ersten, 20 DM im zweiten und 22 DM im dritten Ausbil-

dungsjahr. Dieses Ergebnis wurde bereits in der 2. Runde der Tarifverhandlungen erzielt.

DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT

WERKSCHAFT. Als letzte der sechs DGB-Gewerkschaften, die sich zu einer neuen Dienstleistungsgewerkschaft zusammenschließen wollen, hat jetzt der GEW-Hauptvorstand am 30.5.98 sein Ja zur weiteren Beteiligung an der Diskussion gegeben. Allerdings scheint es der GEW sehr schwer zu fallen, die Eigenständigkeit aufzugeben. Das zeigt bereits das Abstimmungsergebnis, das mit 40 Ja- zu 20 Nein-Stimmen die Umstrittenheit dokumentiert.

Darüber hinaus wurde beschlossen, im Herbst diesen Jahres einen außerordentlichen Gewerkschaftstag einzuberufen, der über die weitere Beteiligung der GEW entscheiden soll. Zum dritten will die GEW im Rahmen der neuen Gewerkschaft eine Branchengewerkschaft bilden, die für alle Beschäftigten im Bildungsbereich zuständig sein soll und u.a. eigenständige tarifvertragliche Regelungskompetenz erhalten soll. Das wäre mehr, als sie bisher ist und hat und ist ein Affront gegenüber den Mitgliedern der ÖTV im Bildungsbereich, die insgesamt dort die Mehrheit stellen.

Am 7. Mai haben die Vorsitzenden die in dieser Zeitung bereits teilweise dokumentierte „Politische Plattform“ als Grundlage für den Zusammenschluß bestätigt und einvernehmlich Änderungsvorschläge aufgenommen, die Konkretisierungen und Ergänzungen hinsichtlich der Interessen der Jugend und der Frauen beinhalteten. Nicht berücksichtigt wurde dagegen die Kritik am Zeitplan.

STREIK DER BAHNREINIGER IN NRW.

Seit 13.5.98 streiken 500 Kolleginnen und Kollegen der Bahnreinigung Köln GmbH, einer Tochtergesellschaft der Deutschen Bahn AG. Die Bahnreinigungsgesellschaft ist zuständig für die Reinigung aller Fern-, Nahverkehrs- und S-Bahn-Züge in Nordrhein-Westfalen.

Die Zustände bei der Bahnreinigung sind ein Beispiel für die Folgen von Ausgliederung und Privatisierung: Spaltung der Belegschaft mit dem Ziel,

die Löhne zu drücken für maximale Profite. KollegInnen, die vor 1994 bei der Bahnreinigung beschäftigt sind, bekommen DM 14,20 Stundenlohn. Wer nach dem 1.9.94 angefangen hat, bekommt nur noch DM 13,85 in der Stunde. Gearbeitet wird im Dreischichtbetrieb.

Aus Wut und Enttäuschung darüber, daß die Führung der dem DGB angeschlossenen Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) sie mit ihren Problemen völlig im Stich gelassen hat, und wegen konkreter Konflikte mit GdED-Funktionären, sind viele KollegInnen der Bahnreinigung vor einiger Zeit aus der GdED ausgetreten und haben sich auf die Suche nach einer Alternative der kleinen Verkehrsgewerkschaft GDBA angeschlossen, die diesen Streik offiziell führt.

Weder die GdED noch die ÖTV, die als DGB-Gewerkschaften diesen Bereich organisieren, haben bisher irgend eine Anstrengung unternommen, das Vertrauen der Belegschaft der Bahnreinigung zurückzugewinnen.

Den Beschäftigten der Bahn AG wurde mit einem 1,5%-Abschluß eine weitere reale Minusrunde zugemutet. Für die Beschäftigten der Bahnreinigung hat die GdED-Führung im April einen Tarifvertrag unterschrieben, wonach die Löhne nur zwischen 0,53% und 0,97% erhöht werden. Gleichzeitig wurde eine Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall akzeptiert. Das bedeutet für die Beschäftigten einen hohen Reallohnverlust.

Damit sind die GdED-Funktionäre der Belegschaft voll in den Rücken gefallen. Nach Angaben der Streikenden betätigten sich GdED-Mitglieder als Streikbrecher, Betriebsräte der GdED organisieren Streikbruch.

Die Verkehrsgewerkschaft GDBA fordert eine Gehaltserhöhung von 4,5%.

Die Streikfront steht seit nunmehr über zwei Wochen. Mehmet Gecici, Sprecher der Streikenden in Aachen, sagt: „Wir ziehen das 100prozentig bis zum Ende durch, die Streikkasse ist gut gefüllt.“

Sascha Stanicic, Sozialistische Alternative (SAV) Köln

Zusammenstellung: alk, har

Weiter in Richtung „betriebsnahe“ Tarifpolitik

Am 9. Mai beendete – für viele überraschend schnell – die IG Bergbau, Chemie, Energie die diesjährige Tarifrunde Chemie-West mit dem Abschluß eines umfangreichen und komplexen Tarifvertrages.

Er hat entgegen der Forderung aller regionalen Tarifkommissionen eine Laufzeit von 14 Monaten (gefordert waren 12) und bringt – alle geldlichen Leistungen auf die Laufzeit um- und zusammenge rechnet – 3,0% pro Monat. Für Auszubildende gibt es keine lineare Erhöhung, nur eine Einmalzahlung von 200 DM. Die Auszubildenden sollen mit diesem Verzicht eine Steigerung der Ausbildungsplätze um 5% bis zum Jahr 2000 mitfinanzieren. Ferner enthält der Tarifvertrag Äußerungen, kaum jedoch Regelungen zu den Themen Altersteilzeit und „tarifliche Zusatzrente“.

Geldlich liegt der Tarifvertrag im Vergleich zum tariflichen Umfeld eher im oberen Bereich; gemessen an den Superprofiten der Großchemie und der Pharma industrie und gemessen an den hohen Erwartungen der Chemiebeschäftigte liegen er dagegen zu tief. Auch der neue Tarifverantwortliche im Hauptvorstand der IG Bergbau, Chemie, Energie, Werner Bischoff, legt offensichtlich keinen Wert auf die Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder zur Verbesserung des Ergebnisses. „Es war keine Rund der lauten Töne, dafür war die Materie (...) zu umfassend“, resümiert er im Tarifinfo.

Wie immer bei den letzten Tarifabschlüssen in der Chemieindustrie, darf man den Abschluß nicht nur rein materiell betrachten. Zu viel Tarifpolitik liegt im Tarifpaket mit drin.

3% mit optischen Aufhellern ...: Die „Drei vor dem Komma“ ist für die Optik. Tatsächlich tarifiert sind nur 2,4%. Die „Drei“ wird durch eine linear berechnete Einmalzahlung erreicht: 1,1% eines tariflichen Jahreseinkommens (Tarifentgelt plus 13. Monatseinkommen). Für Teil- und Vollkontibeschäftigte gibt es zusätzliche Faktoren, die die Kontizulagen berücksichtigen sollen. Somit besteht die Einmalzahlung für Normalzeit-, Teilkonti- und Vollkontibeschäftigte aus 14,25%, 15,8% bzw. 18,5% eines Monatstarifeinkommens. Das sind Beträge zwischen DM 438 in der untersten Gruppe Normalzeit und DM 1396 DM in der obersten Gruppe Vollkonti (die Zahlen beziehen sich auf das Tarifgebiet Baden-Württemberg). Zusammen mit den fälligen Nachzahlungen für April und evtl. Mai bringt das einiges Geld als Sonderzahlung. Und verbunden mit dem meist im Sommer fälligen Urlaubsgeld von 1200 DM beruhigen diese Zahlungen

sicherlich etwas den vor der Tarifrunde einhellig und deutlich geäußerten Geldbedarf der Chemiebeschäftigten.

... und wieder ohne soziale Komponente: Bezeichnend ist, daß die Einmalzahlung linear erfolgt. Hier hätte die Möglichkeit zu einer „sozialen Komponente“ bestanden. Das im Bundesentgelttarifvertrag festgeschriebene „Tarif-Gitter“, d.h. das Verhältnis der einzelnen Gruppen zueinander, hätte zur Stärkung der unteren Entgeltgruppen umgangen werden können. Die IG BCE-Führung hat hier ihre langjährige Politik fortgesetzt.

Durchbruch für das Kapital im Kampf um Öffnungsklauseln ...: Gezahlt werden muß die Einmalzahlung bis 30. Juni. Muß? „Arbeitgeber und Betriebsrat können abweichende Vereinbarungen über den Zeitpunkt der Fälligkeit treffen. (...) Sie können einvernehmlich je nach wirtschaftlicher Lage des Betriebes Vereinbarungen über die Kürzung und den Auszahlungszeitpunkt der Einmalzahlung treffen“, heißt es dazu im Verhandlungsergebnis.

Diese Öffnungsklausel ist innerhalb der Tarifwerke Chemie-West die erste rein betriebliche. Die bisherigen über Arbeitszeit- und Entgeltkorridore sowie über Kürzungsmöglichkeiten für das „Dreizehnte“ waren mit der Zustimmungspflicht der Tarifvertragsparteien und damit der Gewerkschaft versehen. Nun also werden die Betriebsräte mit frechen oder auch noch erpresserischen Kürzungs- und Verschiebungsbegrenzen direkt konfrontiert. Und im Gegensatz zur weiter bestehenden Tarifkorridorregelung vom letzten Jahr, die im Kernbereich Chemie keine praktische Bedeutung hat, sind die Begehrlichkeiten der Unternehmer bei dieser Öffnungsklausel durchaus aktiv.

Die „Basis“ soll zugucken: Die diesjährige Tarifrunde Chemie-West hat den nun schon mehrjährigen Trend verfestigt: Entgeltverhandlungen finden nur noch im Verbund mit allen möglichen anderen manteltariflichen und sonstigen Tarifthemen statt. In diesem Jahr war das schon durch die komplizierte, weit gespreizte Forderungsempfehlung des Hauptvorstandes vorgegeben.

Dahinter steckt zweifellos System. Sind schon mit zunehmender Spreizung der Einkommen reine Lohnverhandlungen kompliziert genug, wird das Interessengemenge im „Eintopf“-Verfahren immer widersprüchlicher und damit die Mobilisierungsmöglichkeit entsprechend geringer. Ideale Bedingungen, um immer weitere Öffnungsklauseln zu vereinbaren. *tht (KI Mannheim, gekürzt)*

„Euro-Einführung massiv behindern“

Auf seiner Sitzung am Dienstag, den 26.5.1998 diskutierte der Fachgruppenvorstand Banken Frankfurt die Lage nach Verabschiedung des § 10 (4) Arbeitszeitgesetz durch Bundestag und Bundesrat, mit dem Feiertagsarbeit für erhebliche Teile der Bankangestellten insbesondere in den Bankzentralen möglich wird. In die Überlegungen einbezogen wurden auch der aufgrund einer HBV-Initiative bisher gescheiterte Versuch des hessischen Wirtschaftsministeriums, über den Bundesrat auch noch die Sonntagsarbeit sogar über das Bankgewerbe hinaus zu ermöglichen, sowie die neue Initiative des hessischen Arbeitsministeriums unter Leitung von Frau Stolterfoht, durch eine Landesverordnung nach § 1 oder eine Bundesverordnung nach § 13 (1) 2. ArbZG die Sonntagsarbeit insbesondere in den Call-Centern der Direktbanken und Versandunternehmen zu legalisieren. Frau Stolterfoht, die hessische Arbeitsministerin, plant nach bisherigen Informationen, bis zum 15. Juli diesen Jahres eine entsprechende Landesverordnung zu erlassen.

Der Fachgruppenvorstand war einhellig der Auffassung, daß die Aufhebung der Feiertagsruhe nicht hinzunehmen ist. Seiner Ansicht nach gibt es andere praktikable Möglichkeiten des Zahlungsverkehrs und Geld- und Wertpapierhandels in Europa. Außerdem ist die öffentliche Diskussion über diese weitere Einschränkung der grundgesetzlich geschützten Sonn- und Feiertagsruhe durch das klammheimliche Vorgehen der Regierungskoalition unterdrückt worden, so daß die bei einem derartigen Gesetz erforderliche Interessenabwägung der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen versäumt wurde. Er fordert die Abgeordneten des neu zu wählenden Bundestags auf, den Gesetzentwurf wieder zurückzunehmen.

Der Fachgruppenvorstand Banken wird über die Arbeitsgruppe TARGET weitere öffentliche Aktionen im Bündnis insbesondere mit den kirchlichen Organisationen unterstützen.

In einem einstimmig gefaßten Beschuß wurden die Frankfurter Vertreter in der Gesamt tarifkommission Banken beauftragt, folgende Position in der nächsten Tarifkommissionssitzung einzubringen:

Der Manteltarifvertrag Banken wird wie folgt geändert:

„Samstage, Sonn- und Feiertage sind dienstfrei. Arbeit an diesen Tagen ist nur als Mehrarbeit im Rahmen der Ausnahmebestimmungen des Arbeitszeitgesetzes in der Fassung vom 1.8.1994 zulässig. Zu diesem Zweck müssen unverzüglich Verhandlungen aufgenommen werden. Weigern sich die Arbeitgeber, die Ver-

handlungen aufzunehmen bzw. stellt sich heraus, daß keine einvernehmliche Änderung möglich ist, muß die Zielsetzung sein, durch Tarifaktionen am 1.1.1999 die Einführung des Euro massiv zu behindern und dadurch endlich der Öffentlichkeit die Bedeutung unseres Anliegens deutlich zu machen.“

Der Fachgruppenvorstand war sich bewußt, daß dies eine Rücknahme der mit der DAG zuletzt vereinbarten Position zur Samstagsarbeit darstellt und eine Verbesserung des derzeitigen Manteltarifs für die Beschäftigten im Sortenverkauf und in den Rechenzentren bedeuten würde. Da die Arbeitgeber die Kompromißvorschläge der HBV- und DAG-Tarifkommissionen zur Samstagsarbeit jedoch abgelehnt haben und in zeitlichem Zusammenhang damit über den Gesetzgeber und unter Umgehung der Tarifdiskussion jetzt auch Sonn- und Feiertagsarbeit durchsetzen wollen, schien dies dem Fachgruppenvorstand die geeignete Antwort. „Unsere ausgestreckte Hand wurde zurückgeschlagen.“

Zum taktischen Vorgehen wurde diskutiert, daß eine formelle Kündigung des Manteltarifvertrages nicht unabdingbar ist, da die Arbeitgeber in den vergangenen Gehaltstarifrunden immer wieder in erpresserischer Manier MTV-Positionen verschlechtert haben. „Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil“. Die teilweise unmenschlichen Anstrengungen, die in diesem Jahr den Bankangestellten zur Euro-Einführung abverlangt werden, sprechen für eine exorbitante Gehaltsforderung. Der laufende Gehaltstarifvertrag des Bankgewerbes kann zum 31.12.1998 gekündigt werden. Durch eine derartige Taktik dürfte HBV bei rechtzeitiger Terminierung der Gehaltsverhandlungen die Bewegungsfreiheit bekommen, am 1.1.1999 aktionsfähig zu sein.

Bezüglich der Legalisierung der Sonn- und Feiertagsarbeit in Call-Centern wurde die Position vertreten, daß die Bedürfnisse der Bevölkerung durch den Betrieb von Geldausgabeautomaten, Kontoadauszugsdruckern und Online-Kontostandsabfragen an diesen Tagen ausreichend befriedigt sind. Eine darüber hinausgehende gesellschaftliche Notwendigkeit für Bankgeschäfte wurde nicht gesehen.

Schließlich wurde in der Diskussion auch unwidersprochen die Auffassung vertreten, daß aus Sicht der Bankangestellten in der Gewerkschaft HBV die europäische Organisierung Vorrang vor Aktivitäten zur Gründung einer deutschen Dienstleistungsgewerkschaft hat. Mit Ausnahme der öffentlichen Sparkassen, Bundesbank und Landeszentralbanken (Organisationsbereich der ÖTV) sowie der Postbank (Organisationsbereich der Postgewerkschaft) sind die Berührungs punkte mit den europäischen Partner gewerkschaften angesichts der zunehmenden europäischen Bankenkonkurrenz wesentlich bedeutsamer. *gst*

Dokumentiert: Position des DGB Berlin

Für öffentlichen Wirtschaftssektor in Berlin

Der neue DGB-Landesvorstand hat gemeinsam mit allen Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften und der DAG das nachfolgend dokumentierte „Memorandum für einen zukunftsorientierten und leistungsfähigen öffentlichen Wirtschaftssektor Berlin“ erarbeitet. In diesem Memorandum weisen die Gewerkschaften darauf hin, daß die öffentlichen Unternehmen fester Bestandteil des grundgesetzlich verankerten Sozial- und Rechtsstaatsprinzips sind, der zu erhalten, zu unterstützen, aber auch zu modernisieren ist, und der eine wichtige Rolle für die Region spielt. Das Memorandum ist eine deutliche Kritik an der Wirtschafts- und Finanzpolitik der großen Koalition in Berlin und eine inhaltliche Unterstützung der Abwehrkämpfe der Gewerkschaften und Beschäftigten im öffentlichen Dienst Berlins. *har*

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieses Memorandums fordern den Senat von Berlin, die Parteien in der Stadt und die Vorstände in öffentlichen Unternehmen auf, den **öffentlichen Wirtschaftsfaktor** im Interesse der Region zu erhalten und zukunftsorientiert zu entwickeln.

Die öffentliche Wirtschaft ist wesentlicher Bestandteil **kommunaler Selbstverwaltung**, die fester Bestandteil des grundgesetzlich verankerten Sozial- und Rechtsstaatsprinzips der Bundesrepublik Deutschland ist. Im Sinne des Gemeinwohls baut ein öffentlicher Wirtschaftssektor auf dem Grundgesetz auf und ist Bestandteil einer **sozial verantwortlichen und demokratischen Gesellschaft**.

Unternehmen und Versorgungseinrichtungen der öffentlichen Wirtschaft erbringen eine Vielzahl **von Leistungen**, die dem Wohl der Bürgerinnen und Bürger dienen. Diese Unternehmen verbessern Lebensqualität, sichern Daseinsvorsorge und wichtige technische, wirtschaftliche und soziale Infrastrukturleistungen für die Menschen dieser Stadt.

Die Kommunen haben die Aufgabe, lebenswichtige Infrastruktur für die Menschen sicherzustellen, die die Voraussetzung sozialen Lebens ist. Dabei sind die Verbraucher auf stabile Preise angewiesen. Der freie Markt stößt hier zwangsläufig an Grenzen und ist für die sensiblen Versorgungsbereiche nicht hinreichend in der Lage, wirtschaftliche und soziale Verteilungsgerechtigkeit herzustellen. Öffentliche Unternehmen können daher auch nicht ausschließlich unter betriebswirtschaftlichen Kriterien gesehen werden, sondern müssen auch an

dem Maßstab qualitativer Daseinsvorsorge in einem Gemeinwesen beurteilt werden.

Mit ihrer Tätigkeit sind öffentliche Unternehmen ein wichtiger **regionaler Wirtschaftsfaktor**. Die öffentlichen Unternehmen, insbesondere die Berliner Wasser Betriebe, die BVG, die Berliner Stadtreinigung, die Berliner Hafen- und Lagerhausbetriebe, die Berliner Stadtgüter, aber auch soziale Einrichtungen wie die Berliner Bäderbetriebe, die Krankenhäuser des Landes Berlin, die Universitäten und ihre Kliniken und die Wohnungsbaugesellschaften kaufen jedes Jahr für Milliardensummen Investitionsgüter und Leistungen ein. Allein durch die Berliner Wasserbetriebe werden in der Region ca. 14 000 Arbeitsplätze gesichert.

Die öffentlichen Unternehmen verfügen über strategische Entwicklungspotentiale im Umwelt- und Infrastrukturbereich, wie z.B. der Abfallbehandlung und Wertstoffverwertung, der Nahverkehrslogistik und des Anlagenbetriebs, der Trinkwassergewinnung und der Abwasserbehandlung, die wichtiges Know-how auch im Hinblick auf die Wirtschaftskooperation mit Mittel- und Osteuropa darstellen.

Öffentliche Unternehmen tragen mit ihren Aufträgen und Kompetenzen unmittelbar zur Beschäftigung und Unternehmensentwicklung im privaten Produktions- und Dienstleistungssektor der Region bei.

Dies kann zu einem wichtigen Steuerungsmittel der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des Landes werden:

- für die Wiederherstellung der industriellen Basis,
- für die Stabilisierung der Bauwirtschaft,
- für die Entwicklung des Mittelstandes und des Handwerks,
- für die Stärkung der Dienstleistungs- und Forschungsstruktur,
- für aktiven Umweltschutz und ökologische Flächenbevorratung,
- für die Weiterentwicklung zukunftsorientierter Technologiefelder und damit der Innovationsfähigkeit der Region.

Vor dem Hintergrund der unzureichenden Wirtschaftskraft der Stadt, dem Fehlen von rund 400 000 Arbeitsplätzen und der Internationalisierung und Liberalisierung von Märkten, die die Handlungsmöglichkeiten regionaler Politik einschränken (Standortkonkurrenz), ist die wirtschafts- und strukturpolitische Bedeutung der öffentlichen Wirtschaft in kommunaler Verantwortung nicht hoch genug einzuschätzen.

Berlin hat sehr schwierige finanz- und haushaltspolitische Probleme zu bewältigen. Diese Probleme sind durch überelte Privatisierungen öffentlicher Unternehmen nicht lösbar. Unbestritten gibt es die Notwendigkeit der Haushaltksolidierung, der beschrittene Weg ist aber falsch.

Die Ursachen der Finanzprobleme der Stadt liegen neben einer falschen und rücksichtslosen Rückführung der Wirtschaftsförderung in neuerer Zeit hauptsächlich in einer vierzigjährigen Fehlentwicklung der Berliner Wirtschaftsstruktur sowohl im Ost- wie im Westteil der Stadt. Diese Fehlentwicklung erklärt sich aus der Besonderheit der deutschen Nachkriegsgeschichte einschließlich eines verfehlten Wirtschaftskonzepts bei der Überwindung der Teilung Deutschlands und Berlins.

Die Industriekombinate im Ostteil der Stadt waren nicht in der Lage, den Aufwertungsschock der Währungsunion, gepaart mit einem Sanierungskonzept der „investorneutralen Investition“ und der schnellen Privatisierung, zu überlegen. Radikale Deindustrialisierung mit einem Rest an Klein- und Mittelbetrieben ist die Folge.

Der Westteil Berlins erlebte aufgrund der Teilung der Stadt seit Jahrzehnten eine schlechende Entindustrialisierung, indem ehemals Berlin prägende Unternehmen geschlossen oder zu verlängerten Werkbänken ohne nennenswerte regionale Verankerung und Wertschöpfung degradiert und abgewertet wurden.

Die Abwesenheit von Konzernzentralen in Verbindung mit strategischen Unternehmenseinheiten sowohl in Produktion wie Dienstleistung (F+E, Marketing, Werbung o.ä.), das heißt der Mangel an industriellen Kernen einschließlich Dienstleistungen, gilt seit Jahren in der wirtschaftspolitischen Diskussion der Stadt als das Defizit der regionalen Wirtschaftsstruktur.

Daraus ergeben sich alle erdenklichen negativen Folgewirkungen für den Arbeitsmarkt, Ausbildungsplätze, das Steueraufkommen und letztlich die ökonomische Gesundung der Stadt.

Neben einigen wenigen privaten Unternehmen, die die industrielle Auszehrung der Stadt bewältigt haben und das **Prädikat Berliner Kernbetrieb** von Umsatzgröße, Beschäftigtenzahl, strategischen Unternehmensfunktionen und Entscheidungskompetenzen her verdienen, sind es insbesondere die öffentlichen Unternehmen der Stadt, die diese zentrale Standortanforderung erfüllen und im Gegensatz zu verlängerten Werkbänken ein hohes Maß an regionaler Verflechtung und Verankerung aufweisen.

Unbestritten gibt es Defizite und Mängel in der Entwicklung öffentlicher Unternehmen in Berlin. Die Ursachen liegen nicht in einer Überversorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Leistungen und einer angeblich übertriebenen Anspruchshaltung von Beschäftigten und

Bevölkerung. Gleichzeitig ist anzuerkennen, daß die öffentlichen Unternehmen mit enormen Einsatz und Investitionen die Integration der Versorgungseinrichtungen in Ost- und Westberlin einschließlich erheblicher Effizienzsteigerungen erreicht haben. Dennoch besteht immer noch erheblicher Innovations-, Restrukturierungs- und Modernisierungsbedarf. Dieses Defizit ist aber weder den öffentlichen Unternehmen an sich noch den Beschäftigten anzulasten. Es ist eine Politik anzulasten, die die wirtschafts- und strukturpolitische Bedeutung dieses Sektors über Jahrzehnte nicht erkannt und folglich vernachlässigt hat.

Die bisher erfolgten und noch geplanten Privatisierungen öffentlicher Unternehmen und Einrichtungen sind die Zuspitzung dieser strategisch falschen Finanz- und Wirtschaftspolitik in der Stadt.

Bei allem bestehendem Bedarf an Modernisierung, Reorganisation: sie sind zentrale, regional verankerte Produktions-

Öffentliche Unternehmen zum regional starken Wirtschaftssektor entwickeln

ons- und Dienstleistungskerne der regionalen Wirtschaftsstruktur, die aus strategischen Gründen einer kurzfristigen Politik der Haushaltksolidierung nicht geopfert werden dürfen.

Mit der Privatisierung öffentlicher Unternehmen und deren Verkauf an „Brancheninvestoren“ oder „strategische Investoren“ droht auch diesen Betrieben der „Strukturwandel“ zu verlängerten Werkbänken.

Die Berliner Finanz- und Haushaltspolitik befördert damit eine **weitere Auszehrung der wirtschaftlichen Substanz** der Stadt, die eine der wesentlichen Ursachen ihrer aktuellen Probleme ist. Sie ist dabei, das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Es macht keinen Sinn, die öffentlichen Unternehmen an private Großinvestoren zu verkaufen. Diese werden Investigationsgüter, Bauleistungen, Planungsleistungen, Serviceleistungen von ihren eigenen Konzernzentralen erbringen lassen und bei ihren Konzernköchtern beziehen. Möglichst die vollständige Wertschöpfungskette wird in den jeweiligen Konzernen außerhalb der Region verlegt werden.

Große Teile der bisher in Berlin erbrachten Leistungen werden nicht mehr gefragt sein. Zentrale Betriebseinheiten werden geschlossen, die Arbeitnehmer werden entlassen, das Know-how liegt brach, die Gewinne werden nunmehr an die Privateigentümer, nicht an das Land Berlin ausgeschüttet.

Nicht nur die Wertschöpfung entgeht der Region, die Folgekosten der verlore-

nen Arbeitsplätze, der verminderten betrieblichen Leistungsstrukturen in der Region sind von den öffentlichen Haushalten, nicht von den Privateigentümern aufzufangen.

Diese Politik schränkt nicht nur den künftigen Handlungsspielraum kommunaler Politik ein, sondern verzehrt zugleich das Erbe der Vergangenheit und die Basis für die Zukunft in unverantwortbarem Umfang.

Dabei ist nicht die betriebliche Führung öffentlicher Unternehmen die Aufgabe kommunaler Politik. Sie muß aber kontrollieren, ob das Ziel und die Leistungsvereinbarungen erfüllt werden und gegebenenfalls Maßnahmen zur Umsteuerung, zum Beispiel hinsichtlich von Umweltstandards, Gleichstellung usw. erforderlich sind. Notwendig ist ein **professionelles Beteiligungsmanagement** – ausgerichtet an klaren wirtschafts- und strukturpolitischen Zielen des Landes. Diese Einflußnahme im Sinne der Bürgerinnen und Bürger und der Entwicklung des Wirtschaftsstandortes wird mit der Privatisierungspolitik des Senats aus der Hand gegeben.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieses Memorandums sind der Auffassung, daß die bestehenden Finanz- und Haushaltsprobleme weder allein von der Gemeinde Berlin noch durch Privatisierung öffentlicher Unternehmen im Rahmen einer kurzatmigen Finanz- und Haushaltspolitik zu lösen sind.

Notwendig ist eine langfristige wirtschaftliche Entwicklungsstrategie, die sowohl durch die Finanz- und Haushaltspolitik des Bundes und des Landes gestützt werden muß. Ein zukunftsorientierter und leistungsfähiger öffentlicher Wirtschaftssektor ist zentraler Bestandteil einer derartigen Entwicklungsstrategie.

Der öffentliche Wirtschaftssektor darf weder strategischen Fehleinschätzungen der Politik, kurzfristigen Interessen der Haushaltksolidierung noch einem Zeitgeist geopfert werden, für den alles Individuelle und Private gut und alles Gesellschaftliche und Öffentliche schlecht ist. Dabei wird leichtfertig verdrängt und vergessen, daß die moderne und humane Gesellschaft nur über die Durchsetzung des Gemeinwohlgedankens humaner und moderner geworden ist und nicht durch die alleinige Addition von Individual- und Privatinteressen. Die Berliner Politik ist im Begriff, auch diese Erkenntnis zu vergessen.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner fordern die Politik in der Stadt auf, im Sinne des Gemeinwohls verantwortlich mit öffentlichem Eigentum – dem Eigentum aller Bürgerinnen und Bürger – umzugehen, öffentliche Unternehmen nicht zu privatisieren, sondern sie statt dessen zu einem regional starken Wirtschaftssektor zu entwickeln, der die ökonomischen Entwicklung der Stadt fördert, damit auch einer soliden Finanzpolitik nutzt und dem Gemeinwohl dient.

Viele Argumente gegen angebliche „Sachzwänge“

Eindrücke vom Kongreß für solidarische Gesundheitspolitik

Am 15. und 16. Mai fand in Düsseldorf ein gesundheitspolitischer Kongreß statt, zu dem 65 verschiedene Organisationen aufgerufen hatten und an dem rund 800 Personen teilnahmen.

Beide Tage wurden mit moderierten Podiumsdiskussionen eröffnet und boten die Möglichkeit zur Teilnahme an drei Veranstaltungen/Foren zu elf verschiedenen Themensträngen:

- Zur Zukunft der sozialen Sicherung
- Chancen neuer Versorgungs- und Steuerungsmodelle
- Bürgernahe Gesundheitspolitik
- Pflege
- Soziale Ungleichheit und Gesundheit
- Selbsthilfe, Chronisch Kranke und Behinderte
- Arbeitsplatz Gesundheitswesen
- Betriebliche Gesundheitsförderung und Arbeitsschutz
- Familie und Gesundheit
- Frauen und Gesundheit
- Ethik in der Medizin

Der Freitag wurde mit einer moderier-

ten Podiumsdiskussion zum Thema „Chancen einer neuen Sozial- und Gesundheitspolitik“ eröffnet, bei der Ursula Engelen-Kefer (Stv. DGB-Vorsitzende), Ellis Huber (Präsident der Berliner Ärztekammer), Manfred Ragati (Bundesvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt) und Rolf Rosenbrock (Arbeitsgruppe Public Health am Wissenschaftszentrum Berlin) auf dem Podium saßen. Beiträge aus dem Publikum mußten nicht groß gefordert werden. Viele TeilnehmerInnen bezogen sich auf die Bundestagswahl und auf ihre Vorstellungen von einer Korrektur der bisherigen Gesundheitspolitik in den unterschiedlichsten Bereichen z.B. Zuzahlungen zu Psychotherapien, Leistungen der Pflegeversicherung oder dem Umgang mit Kunstfehlern. Ursula Engelen-Kefer wurde oft nach der Haltung der SPD befragt, aber sie wollte nicht Stellung nehmen, sie sei als Gewerkschafterin geladen. Da der SPD-Abgeordnete und Gesundheitsexperte Martin Pfaff im Publikum saß, wurde er nachträglich auf



Zusammenhang zwischen der Stellung in der betrieblichen Hierarchie und der Sterblichkeit erwiesen

das Podium gebeten, wo er dann für die SPD wahlkämpfte.

Am Abend referierte im Forum „Soziale Ungleichheit und Gesundheit“ der Medizinoziologie-Professor Johannes Siegrist. Er stellte fest, daß sich innerhalb der letzten 10 Jahre die sozial bedingten Unterschiede in der Lebenserwartung verschärft haben und demonstrierte das anhand zweier aktueller Studien aus

Ein Dokument der politischen Opposition im Gesundheitswesen Stellungnahme zur Sozial- und Gesundheitspolitik

Dokumentation der Gründungsversammlung am 15.2.87 und der Mitgliederversammlung des Forums für kritische Sozial- und Gesundheitspolitik e.V. am 27.4.97

Das FORUM FÜR KRITISCHE SOZIAL- UND GESUNDHEITSPOLITIK E.V. analysiert kritisch die gesellschaftlichen, sozialen, politischen, pflegerischen und medizinischen Aspekte des Sozial- und Gesundheitswesens. Dazu ist es notwendig, eindeutig Stellung zu aktuellen Entwicklungen in der Sozial- und Gesundheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland zu nehmen und reformerische Perspektiven differenziert zu betrachten.

Das FORUM betrachtet viele dieser Entwicklungen wie die Gefährdung des Sozialstaates, den Abbau von sozialen Rechten, die Aushöhlung des Solidarprinzips sowie sozial ungerechte Einkommensverteilungen zugunsten der Vermögenden und zu Lasten der Einkommensschwächeren mit Sorge.

Im Mittelpunkt eines auf sozialen Ausgleich und Solidarität ausgerichteten Sozial- und Gesundheitswesens müssen aber die Menschen stehen. Dies bedeutet gleiche Rechte und freien Zugang zu den Versorgungsstrukturen für alle sowie das

Recht aller Menschen auf eine aktive, verantwortungsvolle Rolle in der Gestaltung und Umsetzung ihrer Sozial- und Gesundheitsdienste.

Sozial- und Gesundheitsdienste existieren nicht als Selbstzweck, vielmehr bilden sie den Sockel einer stabilen Gesellschaft. Wer diesen Sockel gefährdet, gefährdet die Grundlagen unserer Demokratie. Auch die Architektur eines europäischen Hauses bedarf eines ebenso sozial wie ökonomisch soliden Fundaments.

Im scharfen Kontrast hierzu steht die derzeit herrschende politische Zielrichtung:

- Vereinzelung statt Gemeinschaft
- Verunsicherung statt Stärkung der Schwachen
- kurzfristige Haushalt kosmetik statt langfristiger Strukturpolitik
- Stärkung von Gruppenegoismen statt des bestehenden sozialpolitischen Grundkonsenses

Wesentliche Errungenschaften einer solidarischen Absicherung sozialer und gesundheitlicher Risiken werden damit zur Verfügungsmasse.

Armut ist in der Bundesrepublik Deutschland wieder zu einem sozialpoli-

tischen Problem geworden. Gesellschaftlich benachteiligte Gruppen wie Arbeitslose, chronisch Kranke und Alte sind es, die zunehmend ins Abseits der Gesellschaft gedrängt werden. Frauen sind von Armut in besonderem Maß betroffen. Der Zugang zu Sozialleistungen ist für Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit besonders schwierig. Allgemeine Lebensrisiken werden zum Problem des Individuums erklärt und führen nicht mehr zu sozialen Verpflichtungen für Nichtbetroffene.

Die Konturen der Armut werden durch Mängel in der Strukturpolitik geprägt: Deregulierung im Wirtschaftsbereich führt zu weniger Arbeitsplätzen und ungünstigeren Lebensbedingungen. Aus der Privatisierung ehemals öffentlicher Leistungen resultieren nicht zwingend effektivere, kostengünstigere Angebote. Bei steigendem Gesamtumsatz werden Unternehmen entlastet und Privathaushalte stärker zur Kasse gebeten.

Die daraus entstehende ökonomische und soziale Verschlechterung für die Mehrheit der Bevölkerung wird weiter verschärft, indem sozialstaatliche Leistungen und Maßnahmen unter der Berufung auf individuelle Risiken zurückgenommen werden. Dies birgt ein Konfliktpotential für alle Industriestaaten in sich, die versuchen, ihre wirtschaftlichen Probleme unter Inkaufnahme der Verschärfung der sozialen Unterschiede zu lösen.

Es ist gesundheitspolitisch unsinnig

Finnland und Großbritannien.

Erkenntnisse aus seiner Sicht:

- je niedriger der Status eines Arbeitnehmers im Betrieb, desto höher die Sterblichkeit.
 - Handarbeiter haben gegenüber Kopfarbeitern international eine höhere Sterblichkeit.
 - In den unteren Schichten sterben deutlich mehr Kinder an Unfällen.
- Siegrist nannte folgende Faktoren, die die Sterblichkeit beeinflussen:
- Zugang zu und Qualität von Versorgungssystemen;
 - Einflüsse in der Kindheit/Genetik, v.a. die Ernährung der Mutter während der Schwangerschaft;
 - gesundheitsschädigendes Verhalten;
 - chronischer Distress im Erwachsenenalter, v.a. durch Arbeitsbelastung;
 - Krankheitswertige psychosoziale Faktoren seien insbesondere:
 - Arbeitslosigkeit;
 - Einkommensverlust oder -disparität (wenig Geld für viel Arbeit);
 - schlechte Arbeitsplätze;
 - erhöhte berufliche Gratifikationskrisen (Gefahr, Einkommen zu verlieren)

Die Gesundheit einer großen Mehrheit in der Gesellschaft ist demnach allein schon durch ihre Stellung auf dem Arbeitsmarkt gefährdet. Gesundheitspolitik muß deshalb auf die gesellschaftlichen Verhältnisse bezogen werden und

und sozial ungerecht, Defizite in der Krankenversicherung auf dem Rücken der Kranken auszutragen. Genau dies geschieht durch die Erhöhung der Zuzahlungen für Arzneimittel, Heilverfahren und Zahnersatz, die Kürzung des Krankengeldes und die Streichung krankheitsverhütender Maßnahmen.

Die solidarische Absicherung des Krankheitsrisikos ist mit den anderen Zweigen der Sozialversicherung ein wesentlicher Garant des sozialen Friedens und Voraussetzung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung.

Die Reduzierung der Sozialleistungen auf notdürftige Grundsicherungssysteme, verbunden mit privater Vorsorge für diejenigen, die es sich leisten können, führt zu einer Renaissance der klassen- und schichtengebundenen Verteilung von Bildungs-, Arbeitsplatz- und Mobilitätschancen sowie sozialer und gesundheitlicher Risiken.

Das FORUM FÜR KRITISCHE SOZIAL- UND GESUNDHEITSPOLITIK E.V. wendet sich gegen den Abbau des Sozialstaats. Individualität, die sich als Kompetenz, Verhaltenssouveränität und Flexibilität äußert, bedarf sozialer Sicherheit.

Die dadurch freisetzbaren Ressourcen menschlicher Innovationsfähigkeit fördern die nachhaltige Entwicklung des Gemeinwesens. Die Politik der Zukunft muß statt der einseitigen Förderung des Wirtschaftswachstums ihre Rolle wieder verstärkt in der Förderung des Wohler-

kann nur gemeinsam mit Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zur Verringerung sozialer Ungleichheit in der Gesundheitsversorgung beitragen. „Härtefallklau-seln“ und die Erklärung von „Grundleis-tungen“ führen eben nicht zu einem bes-seren Gesundheitszustand der Benach-teiligen.

Der Samstag begann mit einer moderierten Podiumsdiskussion zum Thema „Anforderungen an eine neue Gesundheitspolitik“. Auf dem Podium: Ulla Derwein (ÖTV), Rudolf Dressler (SPD), Monika Knoche (Bündnis 90/Die Grünen) und Horst Schmitthennner (IG Metall). Ulla Derwein ging in ihrem Statement auf die von allen Berufsgruppen am schnellsten wachsende Arbeitslosigkeit im Gesundheitswesen ein und stellte die ÖTV-Forderungen zu integrierter Versorgung und Gesundheitsförderung vor. Monika Knoche betonte in ihrem Statement, Gesundheitspolitik sei mehr als Politik für das Gesundheitswesen, eine kommunale Angelegenheit und ohne Armutsbekämpfung und Stärkung der Selbsthilfe nicht denkbar. Rudolf Dressler biß auf das Stichwort „Regionalisierung“ an, das er aus meiner Sicht absichtlich falsch verstanden hatte. Um abzulenken, hackte er auf der CSU in Bayern und ihren Bestrebungen, die Sozialversicherungsbeiträge zu regionalisieren herum und lehnte so jegliche Form von Regionalisierung mit Hinweis auf das Grundgesetz

(„gleiche Lebensbedingungen“) ab. Er erklärte, daß eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze der Krankenversicherung auf das Niveau der Rentenversicherung zur Beitragssenkung beabsichtigt sei, aber nicht zur Aufhebung der Selbstbeteiligung. Im Verhältnis zu den vielen anderen SPDlern trug er schlechte Laune zur Schau und machte keinerlei Zusagen. Der Kollege der IG Metall sprach hauptsächlich zum Arbeitsschutz im Betrieb. Das Publikum beteiligte sich wie am ersten Tag so rege und mit so konkreten Forderungen an der Diskussion, daß der Moderator in Zeitprobleme geriet und die Foren etwas später begannen.

Im Forum „Pflege“ ging es dann um „Chancen und Möglichkeiten der sozialen Pflegeversicherung im stationären Bereich“. Das Podium war mit einer SPD-Bundestagsabgeordneten, einem Geschäftsführer des Medizinischen Dienst der Krankenkassen, einer Heimleiterin der AWO und einem Beamten aus dem Bundesministerium kontrovers besetzt. Die Kolleginnen aus der Altenpflege hatten mit einem phantasievollen Stand und einer Flugblattaktion für Mobilisierung und Zündstoff gesorgt. Das Publikum beteiligte sich aktiv und kompetent an der Diskussion.

Im ersten Halbjahr 1997 verzeichnete die Pflegekasse einen Überschuß von 8,63 Mrd. DM, wobei eine Rücklage von 4 Mrd.

gehens aller Menschen begreifen.

Aufgabe einer zeitgemäßen Sozial- und Gesundheitspolitik ist es, die institutionellen und materiellen Voraussetzungen zur Unterstützung der Vielfalt und Unterschiedlichkeit individueller Lebensentwürfe und -formen solidarisch zu sichern. Dabei geht es um die Entwicklung von Konzepten der Gewährung sozialer Dienstleistungen, die Bedürftige als mündige Bürgerinnen und Bürger akzeptiert sowie selbstbestimmte Eigeninitiative und kollektive Selbsthilfe stärkt. Sozial- und gesundheitspolitische Maßnahmen müssen eine ursachen- und präventionsorientierte Risikovermeidung mit berücksichtigen.

Das FORUM FÜR KRITISCHE SOZIAL- UND GESUNDHEITSPOLITIK E.V. setzt sich zum Ziel, einen qualifizierten Beitrag zur Verteidigung und Weiterentwicklung des Systems der sozialen und gesundheitlichen Sicherung zu leisten, ohne das eine solidarische Kultur und ein demokratisches Gemeinwesen nicht möglich ist. Wir brauchen klare sozial- und gesundheitspolitische Ziele sowie eine breite Bewegung, die die Bedeutung unseres Sozialstaates, unserer solidarischen Sozialversicherung, ganz besonders der gesetzlichen Krankenversicherung, in der Öffentlichkeit wieder verständlich macht. Wir brauchen eine neue Kultur und Praxis der Solidarität.

Ziel des FORUMS FÜR KRITISCHE SOZIAL- UND GESUNDHEITSPOLITIK E.V. ist es,

die vielfältigen Fragestellungen aus Sozial- und Gesundheitspolitik miteinander zu verknüpfen. Die Zerstückelung der Problematik in einzelne Bereiche führt dazu, daß kein sinnvolles Gesamtkonzept zur Lösung der aktuellen Probleme mehr erarbeitet wird. In jedem Teilbereich gibt es Spezialistinnen und Spezialisten, die zwar häufig ihre Klientel engagiert vertreten, aber kaum in der Lage sind, gesamtgesellschaftliche Perspektiven im Auge zu behalten. Das FORUM will die Vernetzung und Kommunikation aller kritischen Kräfte und Projekte im Sozial- und Gesundheitswesen fördern. Kreative Konzepte sollen die Resignation vor scheinbar fehlenden Gestaltungsmöglichkeiten überwinden.

Der geschilderten Misere will das FORUM FÜR KRITISCHE SOZIAL- UND GESUNDHEITSPOLITIK E.V. nicht nur Kritik entgegenhalten. Das FORUM FÜR KRITISCHE SOZIAL- UND GESUNDHEITSPOLITIK E.V. will durch offensives Besetzen relevanter Themen die Reformperspektiven erweitern und auf die Entscheidungsträger einwirken, statt auf immer neue „Sparpakte“ nur zu reagieren.

Die Interessen betroffener Gruppen können auf Dauer nur gewahrt werden, wenn sie auf breiten Bündnissen progressiver Kräfte zur gesellschaftlichen Willensbildung aufbauen können. Dazu wird das FORUM FÜR KRITISCHE SOZIAL- UND GESUNDHEITSPOLITIK E.V. in Zukunft einen Beitrag leisten.

gesetzlich vorgeschrieben ist. Leistungsverbesserung oder Beitragssenkung sind in einem Koalitionsbeschuß ausgeschlossen worden; bezüglich der Fortentwicklung der Pflegeversicherung sieht die Bundesregierung keinerlei Handlungsbedarf. Sie konstatiert durch die Pflegeversicherung eine Entlastung von Sozialhilfe, kann aber darüber keine Zahlen vorlegen. In der Diskussion wurde klargestellt, daß die Absicht der Pflegeversicherung die Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit war.

Mißstände, die zur Sprache kamen:

- In den Heimen fehlen Hilfsmittel;
- „Reha vor Pflege“ findet heute nicht statt;
- Behindertenhilfe darf nicht in Zukunft Pflege werden;
- Die Fachkraftquote ist umstritten
- Die Begutachtung von Demenzkranken nach rein somatischen Gesichtspunkten enthält diesen die adäquate Betreuung vor.

Der ÖTV-Experte Harry Fuchs vertrat die Auffassung, daß das Gesetz nicht richtig umgesetzt wird. Die Begutachtungsrichtlinien nach rein somatischen Kriterien widersprechen aus seiner Sicht dem definierten Pflegeverständnis und den Erläuterungen zur humanen Pflege. Er prangerte den kulturellen Verfall an, daß Gesetze nicht mehr eingehalten werden. Die Dementen und Depressiven seien die großen Verlierer der Pflegeversicherung.

Das Pflegeverständnis ist in der Altenpflege nicht so ärztlich dominiert wie im Krankenhaus. Über die Begutachtungsrichtlinien und die Zusammensetzung von entsprechenden Ausschüssen soll es dem Krankenhaus angepaßt werden.

Der Mensch vom MDK wollte sich retten, indem er über die Qualitätsprüfungen der Einrichtungen berichtete, konnte aber vehementen Einwänden von Fuchs und Publikum nicht standhalten. Wie man eine Qualität sichern will, die gar nicht definiert wurde, bliebe ein Rätsel.

Der Vertreter des Bundesministeriums gab sich gar nicht erst Mühe, Punkte zu machen. Er wurde mehrfach quasi ausgebaut, weil er „kohlgartig“ Mißstände zu Erfolgen schönreden wollte. Als positives Ergebnis strich er u.a. heraus, daß man sich z.B. bei Schaffung des Gesetzes vorgenommen hatte, 1,6 Mio Menschen zu erreichen – es wurden aber 1,7 Mio erreicht. Das Pflegeverständnis müsse in erster Linie ohne Beitragsanhebungen finanziert sein. Er wertete es auch als einen großen Erfolg, daß die Zahl der ambulanten Pflegedienste von 4 000 auf 11 000 gestiegen ist. Zu 690-DM-Jobs sagte er, auch hier gelte, daß Qualität nur ginge, wenn sie mit 1,7% Beitrag zu finanzieren sei. Dieser Vertreter unterstrich eindrucksvoll die Notwendigkeit, die Bundesregierung abzuwählen!

Das Forum am Nachmittag hieß „Bürgernahe Gesundheitspolitik – ohne Be-



Lebhafte Kritik an den Mißständen in der Altenpflege

teiligung von Versicherten und PatientInnen nicht möglich“.

Dort diskutierten Christoph Kranich von der Patientenstelle der Hamburger Verbraucherzentrale, Peter Friemelt von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Patientenstellen, Birgit Nickley und Heiner Boegler vom DGB und die grüne Bundestagsabgeordnete Marina Steindor.

Als Einführung stellte Christoph Kranich seine Kriterien für die „Seriosität“ der Vertretung von Patienteninteressen dar:

- Patientenaktivierung & Patientschutz;
- Parteilichkeit & Professionalität;
- Unabhängigkeit & Standfestigkeit;
- Einzelfallhilfe & Arbeit an den Strukturen;
- Zugänglichkeit & Niedrigschwelligkeit
- Kooperationsbereitschaft.

Er gab einen Überblick über die Institutionen. Spezifische Institutionen: Informationsstellen; Gesundheitsläden; Patientenstellen; Verbraucherzentralen (z.Zt. nur Hamburg, Berlin, Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern); Ombudsleute; Patientenfürsprecher; Patientenschutzverbände; Patienteninitiativen.

Unspezifische Institutionen: Krankenkassen; Selbsthilfegruppen; Rechtsanwälte; Ärztekammern; Ministerien, Ämter; Schlichtungsstellen; Ethikkommissionen.

In ganz Deutschland seien nur so viele Menschen berufsmäßig für die Wahrung von Patienteninteressen zuständig wie in Wien für die 2 Millionen Einwohner, nämlich 10.

Eine verstärkte Demokratisierung der Krankenkassen würde zu einer stärkeren Wahrung der Patienteninteressen führen und sei unerlässlich für die kommunale Steuerung von Gesundheitspolitik, führte Marina Steindor in ihrem Statement aus. Von ihrer Historie her seien die Krankenkassen schließlich eine Selbsthilfebewegung gewesen. In den Satzungen gäbe

es die Möglichkeit, sog. Bezirksbeiräte zu bilden, die aber derzeit nicht genutzt würde. (Die Gründe wurden nicht näher erörtert.)

Die beiden DGB-Vertreter vertraten die These, daß die Gestaltungsspielräume für die Selbstverwaltung in den Krankenkassen im Vergleich zur Unfall- oder Rentenversicherung am größten seien. Deshalb konnten die Selbstverwalter die in der GKV-Neuordnung von Seehofer angestrebten Elemente Selbstbeteiligung, Beitragsrückerstattung etc. erfolgreich abblocken.

Die Sozialwahlen, sollen eigentlich die Mitgestaltung der Krankenkassen durch die Versicherten garantieren. Die DGB-Vertreterin verdeutlichte anhand eines Stimmzettel, wie schwer die Sozialwahlen zu durchschauen sind. Wer sich z.B. hinter der „Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsangehöriger – AUB e.V.“ verbirgt, weiß kaum einer der Wahlberechtigten. Es wurde angeregt, in den Mitgliederblättchen über die antretenden Listen und ihre Programme zu berichten. Neben etwas nostalgischer Rückbesinnung auf „große“ Gesundheitstage standen in der Diskussion der Bedarf nach stärkerer Vernetzung und Appelle, die Krankenkassen stärker zu politisieren, im Vordergrund der Diskussion.

Obwohl es keinen organisierten Austausch von Diskussionsergebnissen zwischen den einzelnen Foren gab, zeichnete sich bei Pausengesprächen und in den Podiumsdiskussionen schon eine andere Diskussionskultur ab. Konkrete Interessen wurden formuliert und vertreten, aber keiner vertraute darauf, daß SPD und Grüne sich dann schon darum kümmern werden. In diesem Sinne wurden bei dem Kongreß viele Argumente gegen die „Sachzwänge“ gesammelt, die auch nach der Bundestagswahl weiter bestehen werden.

AG Gesundheitspolitik bei der PDS Hamburg, brg

Die Deutsche Bundesbahn muß Hochgeschwindigkeits-Orientierung überprüfen

Wir veröffentlichen eine Stellungnahme von Winfried Wolf, verkehrspolitischer Sprecher der PDS im Bundestag, vom 5.6.1998 zum bisher schwersten Unglück der Deutschen Bundesbahn.

Auch zwei Tage nach dem ICE-Unglück bei Eschede mit möglicherweise mehr als hundert Toten und vielen Schwerverletzten ist es richtig, sich bei der Beurteilung der konkreten Unfallursache zurückzuhalten. Allerdings gestand der Vorstand der Deutschen Bahn AG mit kurzzeitigen Geschwindigkeitsbeschränkungen der ICE-1 auf 160 km/h und mit der Überprüfung dieser ICE der ersten Generation erstmals die Möglichkeit eines technischen Versagens (z.B. Radreifenbruch) ein. Daß die Ursachen auch in dieser Richtung gesucht werden müssen, darauf deuten eine Reihe konkreter Unfallumstände hin wie „abgekoppelter“; unbeschädigter Triebwagen, Fahrgastaussagen von stark ratternden Geräuschen vor dem Unfall, Beschädigungen im Gleisbett einige Kilometer vor dem Unfallort.

Doch auch unabhängig von der konkreten Unfallursache gibt es zumindest drei Gründe, weshalb der Vorstand der Deutschen Bahn AG und das Bundesverkehrsministerium ihre grundlegende Orientierung im Schienenverkehr überprüfen sollten – eine Verkehrspolitik, die in erster Linie auf Hochgeschwindigkeitsverkehr und dabei auf immer höhere Spitzengeschwindigkeiten setzt.

1. Der Glaube, Technik und Natur seien absolut beherrschbar, ist ein typisch männlicher Allmachtswahn. Dieser wird durch die Praxis tausendfach widerlegt. Die gängigste „Entschuldigung“ für Unglücke sind die, wonach „menschliches Versagen“ vorgelegen habe. Tatsächlich ist der Mensch nicht unbegrenzt belastbar – und Personalabbau, Arbeitsintensivierung und reduzierte Ausbildungsstandards bei der Bahn haben gerade in jüngster Zeit diese „Schwachstelle“ vergrößert. Doch auch Technik ist nie unfehlerbar, zumal die Orientierung am Profit, auf die eine entstaatlichte DB AG ausgerichtet sein muß, optimaler Technik im Wege steht. Dies attestierte das Blatt *Die Wirtschaftswoche* explizit, als es dort in einem Artikel über zunehmende Bahnunfälle hieß: „Bahnfahren

könnte sicherer sein. Doch aus Kostengründen setzt die Deutsche Bahn AG die vorhandene Sicherheitstechnik nicht ein.“ (29.6.1995).

Und was ist, wenn die Natur „zuschlägt“? So zerlegte 1995 eine Mure aus Schlamm in Vorarlberg eine massive Eisenbahnbrücke; der kurz danach passierende Intercity Wien–Bregenz stürzte 40 Meter in die Tiefe. Nochmals unberechenbar sind Terroranschläge: So raste im März 1990 ein Eilzug zwischen Köln und Siegen im Tunnel auf zwei mächtige Betonplatten.

Die Kombination dieser natürlichen „Schwachstellen“ Menschen–Technik–Natur mit der Orientierung auf immer höhere Geschwindigkeiten kann fatal sein. Kinetische Energie vergrößert sich mit dem Quadrat der Geschwindigkeit: Ein Zug mit Tempo 200 entwickelt viermal soviel Aufprallwucht wie ein solcher mit Tempo 100. Zugunfälle bei Hochgeschwindigkeit sind damit für einen hohen Blutzoll und für einen extrem symbolträchtigen, grundlegend imageschädigenden Charakter prädestiniert.

2. Beim Unfall in Eschede wir tau sendfach betont, hier handelt es sich um den „ersten schweren“ Unfall eines ICE. Das stimmt nicht. Es gab bisher mindestens zwei schwere Unfälle mit ICE-Zügen. So raste ein ICE im September 1993 bei Gelnhausen in einen Gleisbautrupp (2 Tote); kurz darauf, im April 1994, raste der ICE „Kurhessen“ mit überhöhter Geschwindigkeit durch den Bahnhof von Markt Einersheim in Bayern (3 tote Gleisbauarbeiter). Auch gab es eine Rei-

he „technischer Vorkommnisse“ im ICE-Verkehr, die in Katastrophen hätten münden können. So, als der ICE „Diamant“ im März 1993 in Hanau eine Weiche passierte und dabei der Triebkopf in die eine und die Waggon in die andere Richtung fuhren, entgleisten und Strommasten mitrissen. So, als ein ICE an Heiligabend 1996 bei Baden-Baden in einen Baum raste, der unter der Eislast zusammengebrochen war. Der Baum verkeilte sich zwischen Triebkopf und Waggon; 500 Fahrgäste mußten acht Stunden in der Kälte und ohne Hilfe ausharren.

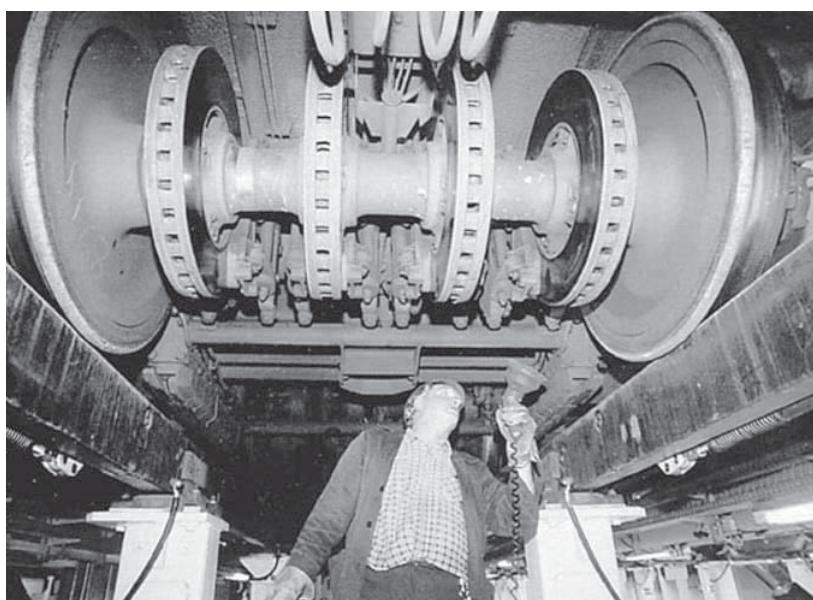
Anläßlich der Katastrophe von Eschede wurde zu Recht angeführt, daß die Bahn bei der Art dieses Unfalls noch Glück gehabt habe: der ICE war „nur“ auf ein stehendes Objekt und nicht in einen entgegenkommenden Zug gerast; es war auch nur ein Teil des Zuges aufgeprallt und nicht der komplette.

Es gibt ausreichend Anschauungsma terial bei den Zugunfällen der vergangenen Jahre, um zu erkennen, daß die Zug katastrophe von Eschede leicht übertragen werden kann: Januar 1993 – Zusammenprall eines Intercity mit einem D-Zug bei Berlin-Wannsee (3 Tote, 23 Verletzte); Dezember 1993: Zusammenprall eines Eilzugs mit einem Arbeitszug bei Raisdorf, Schleswig-Holstein; Juli 1997: ein mit Stahlrohren vorschriftswidrig beladener Güterzug schlitzt bei Marburg einen entgegenkommenden Personenzug auf (6 Tote, 9 Schwerverletzte).

Was soll einen Unfall wie den folgenden, was dessen Steigerung in eine Katastrophe verhindern? Trotz geschlossener

Halbschranken passierte im September 1994 ein Autofahrer die IC-Strecke Braunschweig – Berlin und prallte mit dem Intercity-Night zusammen (2 Tote). Ebenfalls bei geschlossener Schranke wurde am selben Tag bei Wiesenbüttel (Mark) ein Geländewagen auf den Schienen abgestellt; der Eurocity „Alexander von Humboldt“ von Brüssel nach Berlin prallte auf denselben.

In Frankreich blieb im März 1997 ein Lkw mit blockierenden Rädern auf dem Bahnübergang



Die Belastungen für Räder und Fahrwerk des ICE nehmen mit der Geschwindigkeit überproportional zu

stehen; der Hochgeschwindigkeitszug Eurostar zerteilte den Lkw.

1988 gab es in Frankreich gar eine „schwarze Serie“ von 5 schweren Eisenbahnunfällen mit mehr als 60 Toten; für sie wurde seitens der Gewerkschaften und großer Teile der Öffentlichkeit die „Sparpolitik“ der Staatsbahn SNCF verantwortlich gemacht; Bahnchef Philippe Rouvillois mußte gehen.

3. Oft wird eingewandt: All das ist eben der Preis von Mobilität und von der „Moderne“ – der „Mensch als solcher“ liebt es eben, Jahr für Jahr mehr Kilometer und diese schneller als zuvor zurückzulegen. Einmal abgesehen davon, daß diese Aussage aus ökologischen und volkswirtschaftlichen Gründen berechtigt hinterfragt werden kann – auch der Flug mit der Concorde zum Zigarettenautomaten in New York läßt sich so rechtfertigen. Die Behauptung von der Notwendigkeit eines solchen Hochgeschwindigkeitsverkehrs stehen insbesondere im Widerspruch zur realen Struktur des Eisenbahnverkehrs. Diese macht die Option auf Spitzengeschwindigkeiten schlicht hirnrissig, wenn die Masse der Bahnkundinnen und Kunden (und auch die Masse des Umsatzes) im Blickfeld bleibt. 90 Prozent aller Zugfahrten finden im Nahverkehr unter 50 Kilometer Distanz statt. Selbst bei den im Jahr zurückgelegten Bahnkilometern (Personenkilometern) sind es noch rund 50 Prozent, die im Entfernungsbereich unter 50 Kilometern erbracht werden.

Doch nehmen wir ausschließlich den Fernverkehr – dann liegt hier die durchschnittliche Reiseweite bei 230 km, wobei diese laut Statistiken der Bahn sogar rückläufig ist. Im Klartext: Auch heute, im ICE-Zeitalter, liegt die Hälfte aller Fernverkehrsfahrten in einem Entfernungsbereich, in dem Hochgeschwindigkeit den Fahrgästen so gut wie gar nichts bringt. Unter diesen Bedingungen muß jede und jeder, der oder die eine „ganzheitliche“ Sicht des Bahnverkehrs vertreibt und nicht ausschließlich eine spezielle Klientel – Geschäftsreisende – oder einen bestimmten Zweck – Anbindung an den nächsten Flughafen – im Blick hat, anstatt für Spitzengeschwindigkeit im ICE für eine optimale „Netzgeschwindigkeit“ eintreten. Was die überwältigende Mehrheit der Bahnreisenden will, sind eine optimale Abstimmung von Nah-, Regional- und Fernverkehr, sind hoher Komfort, sind akzeptable sozialverträgliche Preise. Und – ist Verkehrssicherheit.

Im Grunde liegt hier eine ideale Situation: Die Struktur des Bahnverkehrs, die konkret artikulierten Mobilitätswünsche der Fahrgäste der Bahn sind ein Plädoyer für eine Abkehr vom Geschwindigkeitswahn. Sind starke Argumente für eine Flächenbahn – für die Bahn für alle. Das allerdings entspräche einer Kehrtwende der jetzigen Verkehrspolitik – in Bonn und beim Vorstand der Deutschen Bahn AG.

Hamburg 1848/49

„Hier herrscht nicht der schändliche Macbeth, sondern hier herrscht Banko“

So umschrieb Heinrich Heine 1848 die Macht von Großkaufleuten und Börse in Hamburg. Eine fürstenähnliche Oligarchie beutete die Menschen aus und entrichtete sie. Die Herrschaft dieser Patrizierfamilien wurde in ihren Grundfesten erschüttert, als sich im März 1848 Tagelöhner, Handwerker und Bürger zu revolutionären Aktionen zusammenschlossen und zu organisieren begannen. Im Rathaus und an der Börse wußte man, was die Stunde geschlagen hatte, und bekämpfte die demokratische Aufstandsbewegung mit allen Mitteln. Die gegenrevolutionären Maßnahmen der herrschenden Kaufmannscliquen überstiegen an Verschlagenheit und Skrupellosigkeit bei weitem die Entschlossenheit und Weitsicht der kleinbürgerlichen Freiheitsbewegung in Hamburg. Unmittelbar nach den ersten Demonstrationen Anfang März beschloß der Rat, keinen Schritt zu weichen und die Volksbewegung zu unterdrücken. Versammlungen in der Stadt und das Stillstehen auf den Gassen wurden verboten. Wer Fensterscheiben einwarf – ein beliebter Protest gegen die verhafteten Kaufleute –, konnte nach zweimaliger Warnung erschossen werden. Das Abreißen von amtlichen Verordnungen wurde mit Zuchthaus bestraft. Abends war Ausgangssperre. Erste Ansätze einer oppositionellen Presse wurden verboten. Verhaftungen waren an

der Tagesordnung. Das ganze Arsenal polizeistaatlicher Gewaltmaßnahmen fand Anwendung – bis hin zum Einsatz von Soldaten. Aus Kreisen der Großkaufleute wurde im Oktober 1848 der Hilferuf nach Berlin gekabbert, Preußen müsse zur Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung“ Truppen nach Hamburg entsenden. Im August 1849 besetzten achttausend preußische Soldaten die Stadt.

Angeblich war es in Hamburg immer so liberal und anders als anderswo. Aber immer wenn es brenzlig wurde, wußten die Herrschenden genau, was zu tun war. Mit ausländischen, preußischen Truppen gegen die eigenen Bürger! Das war dann auch das endgültige Ende der Märzrevolution in Hamburg.

Wer waren diese Leute, die auf demonstrierende Bürger schießen ließen? Was verteidigten sie?

Sie verteidigten ihre politische Vormachtstellung und ihre Pfründe. 60% der rund 150000 Einwohner Hamburgs und seiner beiden Vorstädte St. Pauli und St. Georg lebten 1848 unter dem von der Armenanstalt definierten Existenzminimum. 20% lebten knapp darüber. Viele hungrigen und lebten in dunklen, nassen Kellern in der Altstadt, die regelmäßig überschwemmt wurden. Wer überhaupt Arbeit hatte, wurde miserabel bezahlt. Aus Kreisen der Hamburger Zigarrenarbeiter wurden während des Wahlkampf-



Zu heftigen Auseinandersetzungen in Hamburg kam es im Juni 1848. Am Steintor wurden die Wache und das Akzisegebäude in Brand gesteckt. (Bild) In der „Chronik der Stadt Hamburg“ heißt es dazu: „Der Abend des 9. Juni ward Zeuge eines heftigen Tumults und arger Frevelen in der Gegend des Steintors. Zur Sperrzeit drang eine tobende Rotte durch das Tor, die Wachmannschaft schritt freilich gleich mit Kolben und Bajonett sehr unsanft ein, wurde aber durch einen Stein Hagel verscheucht.“

fes zur Konstituierenden Versammlung im Sommer 1848 60 Grundsätze für eine neue Staatsverfassung veröffentlicht, die u.a. forderten: „Jeder rüstige Mann, der ein Tagelohn arbeitet, soll pro Tag 2 Mark verdienen ... weil das Jeder zu einem ordentlichen Lebensunterhalt bedarf ... Für jeden Untergebenen soll die Arbeitszeit nicht über 12 Stunden dauern, weil mitunter mehr verlangt wird, als der Mensch leisten kann ...“

Die Akzise, eine Steuer auf Verbrauchsgüter, lastete schwer auf den Menschen. Häufig wurden deshalb die Akzisegebäude an den Stadttoren angegriffen. Die Einnahmen aus dieser Steuer waren bis zum Brand 1842 immer der erste Posten der Staatseinnahmen gewesen. Nach dem Brand rückte sie hinter die erhöhte Grundsteuer an die zweite Stelle. Die Akzise belastete auch den Verbrauch von Kartoffeln, Brot, Fett, das wenige, das die Menschen überhaupt noch zum Essen hatten. Aufhebung der Akzise und eine gerechte Besteuerung von Einkommen und Vermögen lautete eine der populärsten Forderungen in jenen Tagen. Die Reichen entzogen sich der Besteuerung. Sie zogen im Sommer auf steuerfreies Gebiet außerhalb Hamburgs auf ihre Landsitze nach Eimsbüttel, Rotherbaum, Hamm und Horn.

Die grauenhaften Lebensverhältnisse, in denen die große Mehrheit der Bevölkerung leben mußte, war eine Quelle des Reichtums der herrschenden Kaufleute. Sie profitierten von diesen Verhältnissen und verteidigten sie verbissen. Keinesfalls war die „Armut ... ein von der Vorstellung angeordneter Besitzstand“. Das hatte C. Godeffroy, Mitglied einer der bekanntesten Kaufmannsfamilien, 1834 in einer programmatischen Schrift („Theorie der Armut“) zum Besten gegeben. Während das Volk hungrigte, hatten Großkaufleute und Reeder gewaltige Reichtümer angehäuft. Ihre Herrschaft in Hamburg ist oft mit der absoluten Fürsten verglichen worden. Das ganze 19. Jahrhundert hindurch bestand der Rat der Stadt ausschließlich aus Mitgliedern eng mit einander verflohtener Kaufmannsfamilien. Viele Mitglieder dieser Familien sind heute im Stadtbild noch gegenwärtig. Straßen und Plätze sind nach ihnen benannt: Amsinck, Godeffroy, Merck, Lutteroth, Hudtwalcker, Gossler, Burchard, Sloman ... Diese Namen stehen für einen düsteren Teil der Hamburger Geschichte.

Forderungen der demokratischen Bewegung

Einige Forderungen der demokratischen Freiheitsbewegung von 1848 wirken heute erstaunlich aktuell. Es lohnt, sie sich noch einmal zu vergegenwärtigen. Am 10./11. März 1848 wurden auf einer großen Versammlung, die der Rat nicht verhindern konnte, folgende Forderungen erhoben:

- Politische Berechtigung für jeden Staatsangehörigen, der dem Staat durch seine Person oder aus seinem Vermögen

Pflichten erfüllt; namentlich allgemeines Wahlrecht und allgemeine Wählbarkeit.

- Gänzliche Trennung der Kirche vom Staat. Unabhängigkeit der bürgerlichen und politischen Rechte von dem religiösen Bekenntnis.
- Ausdrückliche Anerkennung der Freiheit nicht nur der politischen, sondern auch der religiösen Assoziation.
- Ersetzung der Erbgesessenen Bürgerschaft und ihrer bisherigen Ausschüsse durch eine Versammlung periodisch gewählter Repräsentanten, mit der Öffentlichkeit der Verhandlungen, jedoch unter Vorbehalt des absoluten Veto für die Wähler in den grundgesetzlich näher zu bestimmenden Gesetzesvorlagen.
- Aufhebung der Lebenslänglichkeit und Selbstergänzung des Rats.
- Verantwortlichkeit aller, die in öffentlichen Geschäften tätig sind. Schutz für jedes Recht, durch unabhängige von der Verwaltung getrennte Gerichte.
- Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerichte ...
- Unterricht für die Jugend aller Staatsangehörigen als Staatsangelegenheit.
- Vertretung der Nationalinteressen durch ein deutsches Parlament ...
- Trennung der Schule von der Kirche.

Im August 1848 wurden diese Forderungen auf einer Versammlung von 2000 Leuten, die die Hamburger Bewegung repräsentierten, radikaler und zugespitzt. Die Versammlung forderte die Wahl einer Konstituierenden Versammlung für Hamburg. Der Rat dürfe keine bindenden Gesetze mehr beschließen, weder neue Anleihen bewilligen noch neue Steuern verordnen.

Teilweise sind diese Forderungen nie Wirklichkeit geworden – wie die vollständige Trennung von Staat/Schule und Kirche. Aktuell sind einige der Forderungen auch dadurch, daß die 150 Jahre später betriebene Politik der Herrschenden sich an vielen Punkten in Widerspruch befindet zu den politischen Absichten der demokratischen Märzbewegung. Statt die Unverletzlichkeit der Privatsphäre zu achten, die erst gegen feudale Gewalt erkämpft wurde – Großer Lauschangriff! Statt die Trennung der staatlichen Gewalten wirklich ernst zu nehmen – der Europolizist! Statt uneingeschränkter Koalitionsfreiheit – politische Beschränkungen an allen Ecken und Enden, insbesondere für Nicht-Deutsche! Statt gänzlicher Trennung von Staat und Kirche – immer weiter bestehende und immer massivere Eingriffe der Kirche in Abtreibungsangelegenheiten, an Schulen...

Es ist nicht verwunderlich, daß die politisch Verantwortlichen in diesem Staat Gedenkfeiern zum 150. Jahrestag der Märzrevolution nicht gerade mit Begeisterung begehen. Auf andere Gedenktage freut man sich in diesen Kreisen mehr. Zu eklatant sind die Widersprüche zwischen den Hoffnungen und Forderungen der Revolutionäre 1848/49 und der heutige betriebenen Politik.

Die Freiheitsbewegung unterliegt der Staatsgewalt

Nun war die demokratische Bewegung 1848 nicht nur revolutionär, sondern auch kleinbürgerlich. Ihr Handeln, jedenfalls das ihrer liberalen Mehrheit, wurde wesentlich bestimmt von einem tiefen Respekt vor dem Staat. Die Sozialdemokratie, deren Geburtsstunde die Revolution von 1848/49 ist, ist mit diesem Geburtsfehler auf die Welt gekommen und hat sich von diesem Makel nie befreien können oder wollen. Eine kurze Stellungnahme des SPD-Bürgermeisters Runde im *Hamburger Abendblatt* ist bezeichnend: „Was 1848/49 in Deutschland wie in Hamburg scheiterte, was 1918/19 in Deutschland wie in Hamburg nicht dauerhaft gelang und erst 1949 mit dem Grundgesetz und 1952 mit der Hamburger Verfassung tragfähige Fundamente erhielt – das gilt es heute zu bewahren: die freiheitlich-demokratische Ordnung unseres Staates und unserer Stadt“. Warum kann Bürgermeister Runde nicht den Mut und die Hoffnungen der protestierenden Menschen in den Märztagen würdigen, sondern fällt ihm angesichts der imposanten Freiheitsbewegung gleich wieder nur die „Ordnung unseres Staates“ ein? Damit stellt er sich in die Tradition jener bürgerlich-liberalen Kräfte, die den von der Gesellschaft getrennten Bereich der Staatlichkeit mehr schätzt als die demokratische Bewegung, die eben gegen diese Staatsmaschinerie kämpfte und kämpft.

Die bürgerlich-demokratische Bewegung setzte im Sommer 1848 die Wahl einer Konstituierenden Versammlung durch. Sie sollte unabhängig von Rat und Bürgerschaft eine neue Verfassung feststellen. Parallel dazu setzten die alten Gewalten durch, daß die Konstituante einen Eid auf ihren Gehorsam gegen Rat und Bürgerschaft schwören sollte. Acht Sitzungen wurde über diesen Eid diskutiert, als die Konstituante am 14.12.1848 endlich zu ihrer ersten Sitzung zusammengesetzt. 11 von 188 Abgeordneten weigerten sich zu schwören und wurden aus der Konstituierenden Versammlung ausgeschlossen. Beherrscht wurde die Versammlung von kleinen Kaufleuten, Fabrikanten und Akademikern. Sie gehörten überwiegend dem Deutschen Klub an, den Hamburger Liberalen, und sie stellten 75% der Deputierten. Der Bürgerverein, die Demokraten, bildeten mit etwa 25 Deputierten die Linke.

Liberale konnten auch zu Revolutionären werden, wenn die alten Gewalten sich allen Reformen widersetzen. Aber sie waren dann Revolutionäre wider Willen. In der Auseinandersetzung zwischen der demokratischen Volksbewegung und einer Staatlichkeit, die die Rechte und Geldbeutel einiger weniger Familien verteidigte, schlugen sich die liberalen Demokraten immer wieder lieber auf die Seite des Staates als auf die der gesellschaftlichen Bewegung, bis sie schließlich geschlagen wurden. ana

13. bis 26. Juni: Rundreise der „Samtagsmütter“ aus der Türkei. Düsseldorf (13.6.; 17.6.), Köln (14./15.6.), Bonn (15./16.6.), Aachen (15.6.), Hamburg (18.-20.6.), Berlin (21./22.6.), Leipzig (22./23.6.), Dresden (23.6.), München (24.6./25.6.), Stuttgart (24./25.6.), Karlsruhe (25.6.), Frankfurt (26.6./27.6.), Wiesbaden/Mainz (26.6.) Nähtere Angaben bei den örtlichen Kurdistangruppen.

13./14. Juni: Bundestreffen der AG Betriebe und Gewerkschaften der PDS in NRW

13./14. Juni: Bundeskongress der VVN-BdA in Braunschweig, Motto: „Zukunft Antifaschismus“. Infos bei der Bundesgeschäftsstelle der VVN-BdA, Rolandstr. 16, 30161 Hannover.

26. bis 28. Juni: Bundesparteitag der FDP, Leipzig beschließt Wahlprogramm

14./15. August: Zentrale Wahlkampf-Auf-

taktveranstaltung der PDS-Westverbände in Köln.

28. August: CSU-Parteitag in München

29.8. FDP-Parteitag in Bonn soll Wahlaufruf beschließen

13. September: Landtagswahl in Bayern

17./19.9. a.o. Gewerkschaftstag der IG Metall in Mannheim

27. September: Bundestagswahl, Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern und Kommunalwahlen in Brandenburg

10./11. Oktober: Herbsttagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln

23. bis 25. Oktober: JU-Deutschlandtag in Weiden

24.-29. Oktober: HBV-Gewerkschaftstag in Bremen und IG-Medien-Gewerkschaftstag in Würzburg

ADRESSEAUFLKLEBER

Politische Berichte

**ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHNTÄGLICH**

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20, Fax: 040 / 43 18 88 21.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

Halb- Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

Halb- Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

Halb- Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

Halb- Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.:

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart

Sommerschule der ARGE

Geschichte

150 Jahre Manifest der Kommunistischen Partei

Vorgehensweise: Lesen des Manifestes und Diskussion vorbereiteter Beiträge, u.a.:

- Sozialgeschichtliche Hintergründe und das Umfeld der Schrift „Manifest der Kommunistischen Partei“, Ausgabe 1848 unter Einbeziehung der Geschichte des Bundes der Kommunisten.
- Von Babeuf bis Blanqui. Französischer Sozialismus und Kommunismus vor Marx, Auszüge aus dem gleichnamigen Buch von Waltraud Seidel-Höppner und Joachim Höppner.

Bitte rechtzeitig anmelden, damit wir Texte verschicken können, bei GNN Köln.

30. Juli bis 2. August 1998, Jugendherberge „R. Breitscheid“ in 99894 Friedrichroda, Waldstr. 25. Beginn Donnerstag, um 14 Uhr, Ende Sonntag: 12 Uhr

Philosophie

Auseinandersetzungen mit den Konzepten der „Inneren Sicherheit“ und staatstheoretischen Vorstellungen, auf denen sie beruhen.

Das Tagesseminar (10-18.00 Uhr) wird gemeinsam von der AG Philosophie der Linken Schule Schnepfenthal (Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie - Soziale Befreiung) und der Wahlkampfkoordination Hamburg durchgeführt.

Samstag, 4. Juli 1998, Ort: Hamburg.

Mitte Juni ist eine Textzusammenstellung erhältlich bei: GNN-Verlag Hamburg, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. (0 40) 43 18 88 20, Fax (0 40) 43 18 88 21. Um Anmeldung wird gebeten.

Wirtschaft

Ist linke Reformpolitik unter der Bedingung von Geldwertstabilität möglich?

Vorträge und Diskussion. Nähtere Angaben zum Thema und zur Durchführung nächste Ausgabe.

Termin: Samstag, 1. August (Anreise 31.7.)

Ort: Jugendherberge „R. Breitscheid“ in 99894 Friedrichroda, Waldstr. 25.

Anmeldungen an: GNN Süd, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart. Tel.: 0711/624701, Fax: 0711/621532